

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.50 Mk., bei Selbstabholung 1.25 Mk. — Durch die Post bezogen nur bis 31. März) vierteljährlich 6.00 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.).  
Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:  
Leipzig, Landauer Straße 10/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 13009.

Inseratenpreise:  
Die 7spaltige Petitzeile 1.55 Mk. — Die 7spaltige Petitzeile mit Platzvorschrift 1.85 Mk. — Die 7spaltige Petitzeile Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Reklame-Petitzeile 0.25 Mk.  
Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Landauer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Neue Auswüchse der Büttelpolitik.

### Der verschärfte Belagerungsstatus mit Todesstrafeandrohung.

Berlin, 28. Februar.

Vor Schluß der Sonnabendtagung der Nationalversammlung brachte unser Genosse Cohn die bekannte und in der Öffentlichkeit wohl ohne Beispiel bestehende Verordnung des Kommandanten des VII. Wehrkreisbezirktes zur Sprache. Indem er den Präsidenten fragte, ob er zur Montagtagung eine Erklärung unserer Fraktion zulassen wolle, die die Verordnung betrifft, um der Regierung Gelegenheit zur Äußerung zu geben? Mit der Verordnung werde ein Teil der Verfassung und des Strafbuchbuches außer Kraft gesetzt und die Nationalversammlung könne dies unmissverständlich zulassen. Es kämen die ernsten Folgen bevor, wenn etwa die Verordnung angewendet werde, daß nämlich auf Zuchthaus und auf Todesstrafe erkannt werden müsse. Genosse Cohn bezog sich auf die Meldung der Leipziger Volkszeitung über jene Verordnung und wies mit Nachdruck auf die Dringlichkeit der Angelegenheit hin.

Herr Kaufmann, der gerade präsierte, meinte, er könne den Präsidenten der Montagversammlung nicht festhalten und wolle damit einer Entscheidung aus dem Wege gehen; Genosse Cohn bestand aber auf einer Entscheidung. Als nun aber der Demokrat Payne und der Zentrumsgesandte Reichsgerichtsrat Wur-lane noch erklärten, wenn wirklich eine solche Verfassungsänderung vorliege, so müsse eine Prüfung durch die Nationalversammlung vorgenommen werden da wurde Herr Kaufmann doch wankend. Ausproben kam ihm Herr Scheidemann zu Hilfe — natürlich auch der Ober-Banerischen Regierung —, indem er erklärte, eine Entscheidung über die Zulassung der Erklärung Bauer getroffen werden, wenn am Montag sie tatsächlich vorliege. Er ist dann gegen die Stimmen unserer Fraktion auch beschlossen worden. Da die Verordnung des Generals nunmehr im Wortlaut vorliegt, so ist die Prüfung leicht, ob sie gegen die Verfassung verstoßt und das Strafbuchbuch in wesentlichen Teilen außer Kraft setzt. Auch die Reaktion kann sich bis zum Montag überlegen, und sie wird dann nicht mit der Absicht kommen können und wollen, sie müsse sich erkundigen. Der größte Teil der Nationalversammlung war vor allem außerordentlichen Vorgang im Westen nicht unerwartet, denn es Erkennen war allgemein, daß Genosse Cohn den Inhalt der Verordnung bekanntgab.

Die Ausführungen des Genossen Dr. Cohn lauteten:

Ich habe die Bitte, daß der Herr Präsident die Tagesordnung etwas anders gestalte, und zwar aus Anlaß eines Vorgesanges, über den die Zeitungen in den letzten Tagen berichtet haben. Nach dieser Berichten hat der Herr Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gewisse Paragraphen des Reichsstrafgesetzbuchs abgeändert, nämlich die §§ 307, 311, 312 und 315. Das sind Bestimmungen, die sich beziehen auf qualifizierte Brandstiftung, Beschädigung von Eisenbahnanlagen und einige andre Straftaten. Nach den Berichten sollen diese Paragraphen des Strafbuchbuchs dahin abgeändert worden sein, daß an Stelle der in diesen Bestimmungen vorgesehenen lebenslänglichen Zuchthausstrafen durch Verordnung des Herrn Reichspräsidenten die Todesstrafe treten soll. (Hört hört! b. d. U. So.) Es soll weiterhin — immer nach den Berichten — zur Durchführung dieser Verordnung dem Reichswehrminister die Befugnis übertragen worden sein, Standgerichte einzusetzen, die als einzige Strafe die Todesstrafe ausprechen dürfen. (Hört, hört! b. d. U. So.) Wenn die Berichte richtig sind, würde die Verordnung nicht nur die Strafprozessordnung, sondern auch das Strafbuchbuch in wichtigen Teilen außer Kraft setzen, und es würden damit bei weitem die Befugnisse überschritten sein, die Artikel 48 der Reichsverfassung dem Reichspräsidenten für die Aufhebrückung von Gesetzen gibt. (Sehr richtig! b. d. U. So.) Unsere Absicht ist nun, am Montag vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung hier abzugeben und eine Auskunft von der Regierung zu fordern. Um das zu ermöglichen, bitten wir den Herrn Präsidenten, die Tagesordnung so festzusetzen, daß uns vor dem ersten Gegenstand der Tagesordnung die Gelegenheit zu einer Erklärung gegeben werde.

### Der Gipfel der Gewaltpolitik.

Eigentlich sollte man annehmen, die Gewaltpolitik Rostkes sei überhaupt nicht mehr zu überleben. In Döpreuche hat man es dennoch verstanden. Eine Versöhnung des Generals von Grawert bietet im Einklang mit dem Plöckkommissar in den ostpreussischen Landkreisen alle Bestimmungen und Beschränkungen der Unabhängigen Partei.

Doch nicht genug damit. Im Landkreis Gding sind die Gemeindegewählten hat. Die örtlichen Amtsgewählten benutzen den Gehalt des Generals von Grawert, unserer Partei jede Beteiligung bei den Gemeindegewählten unmöglich zu machen. Der Amtsvorsteher von Lenzen droht jeden Gdingener

unabhängigen, der nach Lenzen kommt, zu verhaften. Zeitungsuntersuchungen weigern sich, Wahlenrufe unserer Partei in ihr Blatt aufzunehmen; ohne Genehmigung der Amtsgewählten. Sollten diese Forderungen gar nicht wissen, daß mit solcher Unterbindung der Wahlteilnahme die gesamten Gemeindegewählten unmöglich werden?

Ob die Regierung zu diesen ungeheuerlichen Praktiken Rücksicht nehmen oder ob sie den Gewaltmenschen in den Arm fallen wird?

### Der Sieg Helfferichs.

Berlin, 1. März. (Eigene Drahtmeldung der V. U.) In einer Entscheidung über den Fall Erzberger stellt S. v. Gerlach in der Welt am Montag fest, daß Erzberger erloscht sei. Ihm ist keine besondere Rücksicht oder große Gemeinheit nachgewiesen worden, aber ihn verurteilt die Rille der kleinen Säbeldereichen und Säbeldereichen, der Unwahrscheinlichkeit und Zweifelhaftheit, die ganze Atmosphäre von Mädelchen, die seine ganze politische Wirksamkeit umgibt.

So wenig Gerlach sich insinuiert fühlt, Erzbergers Geschäftigkeit sympathie entgegenzubringen, so erklärt er doch das Ausschneiden Erzbergers für ein verdächtigvolles Ereignis des Prozesses. Helfferichs Sieg, Erzberger besieg — das ist ein schwerer, vielleicht verhängnisvoller Schlag für die deutsche Demokratie. Erzberger war neben Noke die mächtigste politische Kraft im Kabinett Bauer. Er war wenigstens einigermassen ein Gegengewicht gegen Noke, er war in Wahrheit die am meisten links gerichtete Persönlichkeit in der Regierung, er war der wirksamste Widerlager der Reaktion. Die hat nun freies Feld, oder richtiger gesagt, noch freieres Feld als bisher. Hier unbegrenzte Möglichkeiten, eröffnen sich ihr.

Gerlach weist besonders auch noch darauf hin, daß nun im Zentrum die Grauen und Großindustriellen wieder Oberwasser haben werden. Der Sieg Helfferichs über Erzberger ist in Wahrheit ein Sieg der Reaktion über die Demokratie — wenn nicht endlich angeht, die täglich größer werdenden reaktionären Gesähr die Arbeiter untereinander Frieden machen. Denn dann ist die Demokratie unüberwindlich.

### Der Nachfolger Erzbergers.

Berlin, 1. März. (Eigene Drahtmeldung der V. U.) Obgleich offiziell Erzbergers Schicksal noch nicht entschieden ist, wird bereits schon über seinen Nachfolger debattiert. Nach dem Berliner Tagblatt denken die beteiligten Kreise zum Teil an den jetzigen Unterstaatssekretär im Reichsfinanzministerium, den durch Erzberger sehr vorbereiteten Zentrumsmann Wölke, zum Teil an den ehemaligen Reichsfinanzsekretär Graf M o e d e r n. Theodor Wolf hält beide für nicht geeignet. Wölke sei nur Steuerminister, werde aber den jetzt reinenden Valutaproblemen nicht gewachsen sein, dem Graf Roedern habe zuviel von seiner Vergangenheit an.

### Das Frauenstimmrecht in England.

London, 28. Februar. Die von der Arbeiterpartei eingebrachte Gesetzesvorlage, die das Stimmrecht der Frauen in derselben Weise gewährt, wie das der Männer, wurde im Unterhause in zweiter Lesung einstimmig angenommen. Die Gesetzesvorlage setzt die Wahlaltergrenze für Frauen von 30 auf 21 Jahre herab.

### Frischer Ueberfall auf eine Polizeistation.

London, 28. Februar. Neuter meldet: Eine Bande von etwa 50 bis 60 Revolverträgern griff die Polizeistation von Almoctague in der Grasshaff Street mit Feuerwaffen an. Der Kampf dauerte zwei Stunden. Die Angreifer töteten drei Tote und einen Verwundeten zurück.

### Neue Armentier-Megelleien.

London, 28. Februar. (Neuter.) Der Präsident der amerikanischen Friedenskonferenz teilt mit: Die französischen Truppen haben Marash in Cilicien am 9. Februar geräumt. 3000 Armentier, die die Stadt verteidigten, wurden niedergemetzelt, 1500 entkamen noch bis Adahia. Von 20 000 Armentiern, die in Marash blieben, wurden 16 000 ermordet.

### Ausbreitung der irischen Unabhängigkeitsbewegung.

Genève, 28. Februar. Morning Post berichtet, daß sich die Unabhängigkeitsbewegung in Irland ständig mehr ausbreitet. Damaskus ist durch einen der einflussreichsten Führer mit mehr als 90 000 Anhängern besetzt. Dieser erklärte in einem Interview, wenn die Friedenskonferenz nicht völlige Unabhängigkeit anstrebte, so würde auf den ersten Ruf des Emir's Jemal das ganze Volk zu den Waffen greifen.

### Die „geordnete“ Wirtschaft.

Herr Reichswirtschaftsminister Schmidt hat mit seiner planlosen Wirtschaft das deutsche Wirtschaftsleben nunmehr endgültig so zerrüttet, daß die Wirtschaftsverbände zur Selbsthilfe schreiten müssen. Der Hauptverband der deutschen Industrie, der kürzlich in Berlin versammelt war, hat sich deshalb bereit erklärt, „im Wege der Selbstverwaltung die Einfuhr und Ausfuhr zu kontingentieren, um dadurch den Stand unserer Valuta zu bessern, die planlosen Einkäufe im Auslande zu verhindern und dadurch dem Verschleudern deutscher Waren vorzubeugen.“ Wenige Tage darauf hat der Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Professor Dr. Fritsch, ein Programm des Reichswirtschaftsministeriums bekanntgegeben, in dem von Ausführungskontingentierung, Preisprüfung, Ausfuhrabgaben und ähnlichen Maßnahmen die Rede ist. Die Frankfurter Zeitung stellt deshalb nicht ohne Berechtigung fest, daß es sich bei der Politik, die das Reichswirtschaftsministerium nunmehr zu treiben beginnt, um eine Fälschung zu einem Teil des Programms von Wiffell und Mälendorf handelt.

Herrn Wiffells Programm war nie und kann nie das Ideal sozialistischer Wirtschaft sein, ja mehr, Herr Wiffell, Planwirtschaft war ein so rein bürokratisches System, daß es kein von jedem sozialistischen Gedanken stand. Es war ein faules Kompromiß mit dem Kapitalismus, dem Sozialisten niemals ihre Zustimmung geben konnten. Wenn man schon nicht den Mut zu ernsthaften Sozialisierungsmaßnahmen fand, so konnte man eine planmäßige Wirtschaft mit wirklich produktivem Charakter nur erreichen, wenn man die Organisation der Wirtschaft in die Hände der Arbeiter räte legt. Aber gegenüber der Planlosigkeit des Herrn Schmidt und gegenüber der Reijlosigkeit und Unfähigkeit der übrigen Regierungsmitglieder war Herr Wiffells Planwirtschaft eine Tat, und gegenüber dem feigen Zurückweichen der rechtssozialistischen Minister vor den Interessen des Kapitalismus war die Planwirtschaft wenigstens ein schwacher Versuch, die Interessen der Allgemeinheit über die Interessen des kapitalistischen Profits zu stellen. Herr Wiffell hätte auf dem Weimarer Parteitag seinen Parteigenossen unangenehme Wahrheiten gesagt, deshalb war er unangenehm und mußte fallen, zumal er sich schon zur Zeit für die Behaltendung der Arbeiterräte eingesetzt hatte, als man im Kabinett noch glaubte, das Kabinett vollkommen abzuwürgen zu können. Es half deshalb Wiffell nichts, daß der Parteitag sich auf seine Seite stellte, die Regierungsgenossen ließen ihn fallen, als es Anfang Juli zu einer Entscheidungsschlacht um die Planwirtschaft kam. Den Erfolg der wirtschaftlichen Lage vermochte weder der Staatssekretär August Müller mit seinen eindringlichen Mahnungen dem Kabinett Ober Scheidemann, noch Wiffell der Regierung Noke-Bauer herzumachen. Wirtschaftliche Fragen wurden in allen Kabinettsitzungen immer nur zehn Minuten vor Schluß erörtert, wenn alle mit hungrigen Mägen sich bereits halb erhoben hatten. Es half Wiffell nichts, wenn er auf die Gefährdung der deutschen Wirtschaft durch das Loch im Westen hinwies. Herr Erzbergers unverbesselter Optimismus entgegnete, daß die deutsche Wirtschaft nicht in Gefahr komme, wenn ein paar seidene Unterröde mehr im Lande vorhanden seien. Man solle nur ruhig die ganze Grenze öffnen, dann werde der Schleichhandel von selbst aufhören. Eine planmäßig geordnete Wirtschaft sei unnötig, ja sogar gefährlich. Herrn Wiffells Einwände halfen nichts, man begriff nicht, daß man, wenn ein Schiff led ist, das Loch so gut wie möglich zu verstopfen sucht und nicht zur Beseitigung des Schadens die ganze Bordwand einreißt. Herr Wiffell kämpfte gegen die kapitalistischen Vertreter im Kabinett und seine Parteigenossen blieben stumm. Solange die Demokraten im Kabinett waren, hatte Herr Gothein, der „Sozialisierungsminister“, Herrn Wiffell und seine Planwirtschaft mit ein paar lächerlichen Worten abgefertigt, und Herrn Wiffells Parteigenossen schmunzelten. Nach dem Ausschneiden der Demokraten besorgte Herr Erzberger das Geschäft des Herrn Gothein, und Herr Bauer schmunzelte, wie früher Herr Scheidemann. Zudem schielte man damals bereits nach den ausgeschiedenen Demokraten, wie hätte man sie zum Wiedereintritt in die Regierung bewegen können, wenn man nicht den Räder des freien Handels auswerfen konnte, wenn die Wiffellsche Planwirtschaft der Profitgier der Kapitalisten Fißel anlegte. Die Folgen für die deutsche Wirtschaft? Was scherten die die deutsche Regierung. Und so ging Herr Wiffell. An seine Stelle trat Herr Schmidt. Er besah zwar nicht die geringsten Fähigkeiten zur Erfüllung seines Amtes, aber er war ein absolut zuverlässiger Parteigenosse, der niemals anders tun würde, als der Parteivorstand wollte. In der

# Parteigenossen! Das Ergebnis des Belagerungszustandes und des Zeitungsverhofes muß die Verdoppelung der Zahl unserer Mitglieder und der Refer unserer Zeitung sein. Für dieses Ziel auf ans Werk! Die Parteileitung.

ganzen Partei war man davon überzeugt, daß Schmidt nicht die Qualifikation für dieses Amt besaß. Oder ist es nicht wahr, daß nach dem Austritt der Genossen Haase, Dittmann und Barth aus der Regierung man den Genossen Krum hat, und fernerhin das Amt als Staatssekretär des Reichsernährungsamts behaltend, weil man sich in einer Kabinettsitzung darüber vergewissert war, daß der damalige Herr Unterstaatssekretär Robert Schmidt ein einjährigverlässiger Genosse, zur Durchführung dieses Amtes aber völlig unfähig sei? So lautet damals die Charakterisierung, die Herr Schmidtemann gab, und die ausschlaggebend für das Verbleiben Krum im Amt war. Inzwischen haben die Folgen der planlosen Wirtschaft des Herrn Ministers Schmidt sich an allen Ecken geltend gemacht. Es wird in einem besondern Ausmaß noch auf das System dieser Politik und die Wüßigkeit der planmäßigen Wirtschaft zurückkommen sein. Das aber laun in kurzen Zügen schon gesagt werden, daß Herr Schmidts Verordnungen vor dem kapitalistischen Profit selbst in der rechtssozialistischen Partei heftigen Widerstand hervorgerufen haben. Erst wurde die gebundene Wirtschaft in der Textilindustrie aufgehoben. Die Folge waren Wucherpreise für alle Textilprodukte. Dann folgte die Zwangsverpflichtung zur Benützung billiger Schmelzwerte die Zwangsverpflichtung des Leders aufzuheben. Die Folge war eine Vervierfachung der Lederpreise und ein Protest der Schuhmacher und der Bevölkerung gegen die Ausbeutung durch die Lederhändler. Die Folgen dieser planlosen Wirtschaft machten die Regierung doch etwas stuhig, und als der Ansturm gegen die Zwangswirtschaft begann, dem nachgegeben ursprünglich durchaus zum Programm des Herrn Reichswirtschaftsministers gehörte, entschloß man sich im letzten Augenblick zum Widerstand. Dieser Ansturm war so heftig, daß die Herren Kapitalisten, die darauf nicht gefaßt waren, im ersten Schrecken ihren Kampf aufgaben. Im Kabinett aber war die Situation bizarr verändert. Die Baluta war mit jedem Tage neu gesunken, die Banken meldeten Milliarden, die täglich durch das Loch im Weiten, die Baluta reichlich strömten, einströmten. Für die unheimlichsten Luxuswaren, Zigaretten, Apfelsinen, Seidenstoffe, Lederartikel, wurden deutsche Wirtschaftswerte hingeopfert, während es noch immer an Gegenwerten für Rohstoffe und Lebensmittel mangelte. Im Kabinett war bleicher Schrecken eingetroffen. Man sah den finanziellen Ruin voraus, und nun sollte jeder Redner über die Planwirtschaft. Das Wort selbst meinte man nicht mehr in den Mund nehmen, und mit schwerem Zungenschlag einigte man sich dahin, daß es ohne „geordnete“ Wirtschaft nicht gehe. Schleunigst ward der Presseapparat zur Beruhigung der öffentlichen Meinung aufgegeben. Herr Davidsohn leitete die ganze rechtssozialistische Presse von der Wiffel-Schmidtischen Wirtschaftspolitik. Zwar muß er zugeben, daß es schien, als sei mit dem Abgang Wiffels eine neue Morgenröte für die freiwirtschaftlicher angeordnet und er möchte deshalb den deutschen Volke klären, daß „schon in seiner Reichstagsrede vom 1. Oktober Herr Schmidt geäußert habe, daß das ein Irrtum sei“. Also kurz, als man sich jetzt die Sache näher bezieht, da ergibt sich, so meint Herr Davidsohn, „etwas sehr Wertwürdiges, nämlich: daß letzten Endes die Unterschiede zwischen den Wiffel-Moellenborffschen Auffassungen über die Grundlagen und Notwendigkeiten unsrer Wirtschaftslens und dem Schmidt-Hirschschen Programm bei weitem nicht so groß sind, wie man nach den letzten Vorgängen annehmen zu müssen glaubte, — dort Planwirtschaft, hier planmäßige Wirtschaft, der Wortunterschied ist nicht groß“. Nein, in der Tat, der Wortunterschied ist nicht groß, und darauf scheint es ja schließlich anzukommen. Wenn man die Masse nur wieder einmal irreführen kann. Mit solchen Wortspielen aber wird man uns nicht täuschen. Die Wirtschaftspolitik des Herrn Schmidt, die gleichbedeutend ist mit ziellosem Laufenlassen der Dinge, gleichbedeutend mit der völligen Kapitulation vor den kapitalistischen Profitinteressen, diese Politik führt uns zu Folgen, für die wir die Regierung voll verantwortlich machen werden. Herr Schmidt hat, anstatt die Wirtschaft planmäßig aufzubauen und neu zu ordnen, eine Loderung selbst der Zwangswirtschaft herbeigeführt, die nun weiter um sich greifen muß, weil die Kapitalisten die einmal geschlagene Festsche mit stets erneuten Kräften erweitern, so daß wir dem endgültigen Zusammenbruch mit fast unvermeidlicher Notwendigkeit entgegengehen. Das Mäander aber, mit Wortspielen die Verantwortung für den kommenden Zusammenbruch von sich abwälzen zu wollen, die Schuld womöglich der Arbeiterschaft in die Schuhe zu schieben, dieses Mäander muß rechtzeitig entlarvt werden. Die Arbeiterschaft muß wissen, wie die Wirtschaftspolitik dieser Herren aussieht und was sie an positivem Aufbau geleistet haben.

## Um den Frieden mit Rußland.

Berlin, 1. März. (Eigene Drahtmeldung der V. N.) Nach einem Kopenhagener Telegramm der Wiffel-Schmidtischen Zeitung meldet das Ministerium des Auswärtigen Amtes aus Washington, daß die amerikanische Regierung dem Friedensangebot der Sowjetregierung keine Beachtung schenken werde.

Am amerikanischen Senat hat Senator Keane eine Resolution eingebracht, in der er die Vertretung ungeschlossener britischer Beziehungen zu Rußland verlangt. Die Resolution fordert u. a. Verhandlungen über den Friedensvertrag, den Amerika den Russen für den Einfall auf ihr Gebiet schreibe.

Nach einer weiteren Meldung der Wiffel-Schmidtischen Zeitung aus Washington fordert Polen als Bedingung für eine Verständigung mit Rußland die Grenzen vor der ersten polnischen Teilung. In den Verträgen, die vor dem Jahre 1772 zu Wien schlossen, soll eine Abtötung vorgenommen werden. Im Interesse der neu entstandenen Staaten verlangt Polen ferner, daß die zwischen Polen und Rußland bestehenden Beziehungen durch eine Vertretung des ganzen russischen Volkes bestätigt werden.

Aus Washington wird gemeldet, daß ein offizielles Telegramm einen neuen Friedensvorschlag Sowjetrußlands an die Großmächte enthält. Die Sowjets verpflichten sich, in Rußland eine demokratische Politik zur Anwendung zu bringen und eine Konstante einzubringen. Die versprochenen Abweid das Defekt, das die

russische auswärtige Schuld auslöscht, zurückzuziehen und diese bis zu 60 Prozent anzuerkennen. Sie versprechen auch, die rückständigen Zinsen zu zahlen. Die Sowjetregierung erklärt sich zur Leistung notwendiger Garantien bereit, insbesondere durch Abtretung von Konzessionen über viele Platin- und Silberbergwerke an ein englisches-amerikanisches Syndikat. Dagegen verlangt Sowjetrußland von Großbritannien wie auch von den übrigen Großmächten, jede Einmischung derselben in die russischen Angelegenheiten aufzugeben. Gleichfalls gibt es dem Wunsche Ausdruck, die Vereinigten Staaten möchten Rußland Kredit eröffnen.

Wie der Londoner Korrespondent der Yorkshire Post mitteilt wurde O'Grady von der englischen Regierung ermächtigt, den Sowjetregierungen die Aufnahmefähigkeit diplomatischer Beziehungen in Aussicht zu stellen. Im politischen Kreisen in Washington rechnet man anfänglich der Ernennung Colbys zum Staatssekretär mit einer Neuorientierung der amerikanischen Politik, namentlich hinsichtlich Rußlands. Colby sei entschieden für eine entgegenkommende Haltung gegenüber Rußland. Wie verlautet, unterstützt auch der Präsident die Wiederaufnahme der Beziehungen mit Rußland.

## Polen und das russische Friedensangebot.

Amsterdam, 28. Februar. Der Warschauer Korrespondent der Times meldet, daß die polnische Regierung den Friedensschluß mit den Sowjets nicht ablehnt, wenn die Entente nicht ebenfalls Frieden mit Rußland schließt.

## Friedensangebot an Tschecho-Slowaken?

Prag, 28. Februar. Die Wiener Blätter veröffentlichen eine Note, welche der russische Volkskommissar Tschitcherin an das tschecho-slowakische Ministerium des Innern gerichtet hat, worin er ein formelles Friedensangebot macht. Wie das tschecho-slowakische Pressebureau mitteilt, liegen im tschecho-slowakischen Ministerium des Innern über diese Note noch keine direkten Meldungen vor.

Nach Kennerungen Litwinoffs hat die Sowjetregierung Japan und Annahmen den Frieden angeboten.

## Der Generalstreik der französischen Eisenbahner.

Paris, 28. Febr. (Drahtmeldung.) Der Abgeordnete der Eisenbahner erklärt, er habe angefaßt des unverständlichen Charakters der Regierung, der die Verantwortung für die Verschärfung des Konflikt zuwälzt, beschloßen, den Eisenbahner sämtlicher Eisenbahnlinien in Frankreich den Befehl zu geben, sofort die Arbeit niederzulegen. Die Exekutivkommission der Eisenbahnergewerkschaft ersucht, den Streik ohne Herausforderung und Sabotage durchzuführen; die Arbeit könne auf eine besondere Orde wieder aufgenommen werden. Auch der Verwaltungsrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.) trat heute morgen zusammen. Die Eisenbahner wollen mit der Regierung verhandeln, um die Lebensmittelpreise sicherzustellen. Heute abend 7 Uhr wird der Ministerrat unter dem Vorsitz des Präsidenten Deschamps zusammentreten.

Paris, 28. Februar. (W. T. V.) Die Verwaltungskommission des Allgemeinen Arbeiterverbandes ist gestern spät abends zusammengetreten worden, um Stellung in der Streiklage zu nehmen.

Zu der gestrigen Kammerprüfung wurde ein Gesetz über die zeitweilige Requirierung des gesamten rollenden Materials mit 501 gegen 90 Stimmen angenommen. Am späten Abend hat auch der Senat das Gesetz angenommen.

Paris, 29. Februar. (W. T. V.) Der Militärgouverneur hat gemeinsam mit dem Polizeipräsidenten alle notwendigen Maßnahmen getroffen, um die Aufrechterhaltung der Ordnung zu ermöglichen. Unruhen und Zusammenrottungen, gleichviel welcher Art, sind verboten.

Dem Baseler Berichterstatter der Genfer Zeitung Zulle wird von zuständiger französischer Seite mitgeteilt, daß die französischen Truppen in Elsass-Lothringen zur militärischen Besetzung der Eisenbahnen nach Frankreich abtransportiert worden seien.

Der Sozialistkongress in Straßburg hat eine Tagesordnung angenommen, durch die sich der Kongress mit den Eisenbahner solidarisieren erklärt.

## Verhaftung von Streikführern.

Paris, 29. Februar. (W. T. V.) Auf Anordnung der Regierung hat die Justizbehörde eine Untersuchung darüber angestellt, ob sich diejenigen, die den Generalstreik erklärt haben, nicht gegen das Gesetz vergriffen haben. Daraus sind wurden einige Führer verhaftet. Die Regierung ist fest entschlossen, die Achtung vor dem Gesetz anstrengungsvoll zu wahren.

## Uebergreifen des Streiks auf Belgien?

Nach einer Meldung aus Charleroi in Belgien sind dort die Bahnangehörigen ebenfalls in den Streik getreten. Anschließend ist dieser Streik durch die französische Streikbewegung veranlaßt worden.

## Vom französischen Sozialistenkongress.

### Die Stellung zur Internationale.

Straßburg, 28. Februar. (Havas.) Die am Donnerstag vom Sozialistkongress ernannte Kommission bemüht sich, eine Erklärung anzufertigen, die eine möglichst große Zahl der Delegierten befriedigen würde. In dieser Kommission sind die Anhänger der Wiedererrichtung der Internationale (Richtung Longuet) in schwacher Mehrheit. Anhänger der extremsten Richtungen in der Kommission bestehen auf der Einführung von Sowjets in Frankreich auf dem Wege über die Gewerkschaften und die Arbeiterkooperation. Eine Einigung wird schwierig sein. Der allgemeine Einbruch geht dahin, daß die Vertreter der Wiedererrichtung der Internationale mit Longuet im Kongress die Mehrheit erhalten werden.

## Der Kongress für die Revision des Friedensvertrages.

Straßburg, 1. März. (T. N.) Der Straßburger Sozialistkongress nahm eine Entschließung an gegen den Gewaltfrieden von Versailles, den man als die Saat zu einem neuen Weltkrieg und zur Verewigung des Hasses bezeichnet. Die Mehrheit der sozialistischen Delegierten stimmte für die sofortige Annulierung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain und für die Einberufung einer Völkernationalen.

## Der Belagerungszustand.

Nach mehr als 7 wöchigem Verbot kann endlich am Dienstag unser Parteiblatt zu Halle a. S., das Volksblatt, wieder erscheinen. Schon vor einer Woche hatte Noke einer Deputation von Puchdruckern aus Halle erklärt, daß das Blatt — über dessen langandauernde Unterdrückung der Reichswehrminister erkant war (11) — nun sehr schnell freigegeben werden solle. Der Inkonzung aber braudt seine Zeit — noch eine ganze Woche hat es gedauert, bis der Minister bei seinem untergeordneten General Maeder die Aufhebung durchsetzen konnte!

Der General Maeder — der in Rheinland-Westfalen bekanntlich kurzweg das Strafgesetzbuch in wichtigen Paragraphen außer Kraft setzt, ohne sich um die Verfassung zu kümmern, die ihm das verbietet — hatte die Verfassung des Reiches in demselben Augenblicke verstoßen. Auf eine Anfrage unseres Berliner Korrespondenten in der Pressekonferenz, mußte der Vertreter der Reichsregierung zugestehen, daß das Verbot in dieser Form unzulässig und unrichtig sei, da es den Verordnungen widerspricht, die der Reichskanzler bezüglich der Befreiung der Presseverbot gemacht hat. Es hat erst eine Beschwerde bedurft, daß am Freitag das Wehrtrainskommando das Verbot 10 Tage befristete. Ob die Regierung ihren Verordnungen nicht von vornherein Geltung bei den Militärs verschaffen kann?

Mit Verlesen stimmt die Sozialistische Korrespondenz des Herrn Kellmann Nitz von der Tatsache, daß in Halle der deutschen nationale Parteisekretär Erbe auf Befehl des Reichswehrministers von der Polizei in Schutzhaft genommen worden ist, weil er in einem Anblich voll mütter Schandungen gegen die Reichsregierung die zurückliegenden Kriegsgefangenen aufzuzählen suchte. Kellmann hofft, daß die Reichsregierung auch Mittel von den Wehrmitteln, welche ihr Zeit und Parolen angeden haben, rückstößlos gegen alle Täter der Menschlichen Ordnung Gebrauch machen wird, gegen die von rechts wie gegen die von links.

Der selbige Vorkamer wird diesen Jänner gerichtet an seine Preußischen. Und das nennt sich immer noch Sozialdemokrat.

## Steuerdebatten.

Berlin, 28. Februar.

Am Freitag begannen in der Nationalversammlung die Steuerdebatten. Die Einkommensteuervorlage in zweiter Lesung und die Landsteuervergütung werden mit der Kapitalertragsteuer in der Generaldebatte zusammengekommen. Viel ist bei der zweitägigen Aussprache nicht hergesehen worden. Am ersten hat nur der Berichterstatter des Ausschusses, der Demokrat Blund aus Hamburg, sich mit ein paar kräftigen Sätzen gegen die Rechtsparteien und deren Presse gewendet, weil diese behauptet hat, die Steuererhöhung sei nicht auf Kosten ordentlicher und gründlicher Beratung, ja, man könne von eigentlicher Beratung überhaupt nicht reden. Diese Behauptung sei nur eine Herabsetzung an agitatorischen Zwecken, so meinte Herr Blund, der Ausschuss habe gute und gründliche Arbeit geleistet. (?) Die Rechte des Hauses bezogte gegen diese Zurückweisung fest auf, wogegen die Koalitionsparteien ihren Redner kräftig durch Jurale unterstützten. Nach dem kurzen Bericht wurde die Sitzung geschlossen und die weiteren Verhandlungen auf Sonnabendmittag 1 Uhr verschoben. Den Redner der Arbeiter eröffnete am Sonnabend der Rechtssozialist Kell. Er hielt zunächst eine heftige Paufe gegen die Selbstherrliche Finanzpolitik während des Krieges. Sie sei es, durch die Deutschland in das Finanzelend gekommen sei. Er warte sich sogar mit der Unruhen Behauptung hervor, der Krieg hätte keine 51 Monate gedauert, wenn man den Finanzforderungen der Sozialdemokratie Gehör geschenkt und sie erfüllt hätte. Unser Genosse Düweli diente ihm für diese Behauptung kräftig. Um nach außen so zu tun, als wären sie die Steuergrundzüge, hat die rechtssozialistische Fraktion einige Änderungsanträge eingebracht und Kell verbrannte sie noch mit allerhand sozialistischer scheinenden Redensarten. Es witz den Rechtssozialisten freilich wenig nützen, wenn sie jetzt auf einmal wieder sozialdemokratische Steuerpolitik mimen wollten, nachdem sie vor Weisheiten der ungeheuerlichen Umsatzsteuer zugestimmt haben. Aber auch bei der Abstimmung über die Einkommensteuervorlage selbst werden sie ihre Arbeiterfeindschaft aufs neue dokumentieren. Die §§ 10 und 44 (der freibleibende Teil des Existenzminimums und der Steuerabzug bei den Arbeitern und Angestellten durch den Unternehmer) sind dem Arbeiterfeindlich, daß ihnen nur geschworene Arbeiterfeinde zustimmen können.

Hatte Kell verlust, die Steuerpolitik seiner Partei als sozialistisch zu rechtfertigen, so fiel dem demokratischen Redner die unheimliche Aufgabe zu, Unternehmerkreise und Angehörige mit der Vorlage auszuföhnen. Auf seine steuerpolitischen Ausführungen einzugehen, lohnt sich nicht, dagegen mögen die beiden von ihm mit Nachdruck hervorgehobenen Sätze festgehalten werden: die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist außerordentlich ernst und daran ist nicht zu denken, zur freien Wirtschaft zurückzukehren, wie sie vor dem Kriege bestanden hat, vielmehr wird man zu einer Art organisierter Wirtschaft kommen müssen. Diese letztere Auffassung von einem Vertreter der Kapitalistenpartei zu hören, ist wirklich nicht ohne Interesse. Wenn es in diesen Kreisen schon so dümmert, daß die alte kapitalistische Ordnung endgültig dahin ist, so besagt das schon etwas. Natürlich versteht der demokratische Redner nicht, auf die großen Kosten aufmerksam zu machen, die dem Kapital mit den Steuererhöhungen auferlegt werden.

Eine scharfe Attacke ritten die Redner der beiden Rechtsparteien. Der ehemalige baltische Finanzminister Dühringer gausste böse an dem Aufwender, den sich Erzberger mit der Schaffung der „einfachsten“ Reichsteuervergütung um die Schiffe gewunden hat. Herr Dühringer zeigte an Beispielen, daß weder von Einheitspolitik noch von Planmäßigkeit die Rede sein kann, vielmehr gehe alles planlos durcheinander, sowohl beim Einbringen der Vorlagen, wie bei der Beratung. Und noch weniger treffe die Einheitspolitik auf den unorganischen Inhalt der Vorlagen zu. Aus den mittelparteilichen Kreisen wurde der Redner mit lebhaften Zusätzen bedacht, was ihn sehr nervös machte und zu der Forderung veranlaßte: „Nun solle ihm nur Sehr richtig! und Bravo! zurufen.“

Als letzter Redner kam unser Genosse Düweli zum Wort. Aus den Handbüchern von Sirch, dem heutigen preussischen Ministerpräsidenten, und aus anderen schriftlichen Kennerungen der rechtssozialistischen Partei zeigte Düweli, wie ihre Fraktion handeln müßte und wie sie ganz das Gegenteil tut. Ja, beim Existenzminimum, das von der Steuer freibleiben sollte, haben ihre Vertreter im Ausschuss noch für eine Herabsetzung von 2000 Mk. auf 1500 Mk. gestimmt.

Gegen die arbeitgeberfeindlichen Forderungen vertrat Dilwell die Forderungen unserer Partei und besonders die beiden erwähnten Paragraphen. Aber er nahm sich auch das Landessteuergesetz vor, durch das die Gemeindeautonomie geradezu erdrückt wird, und forderte, daß den Gemeinden aus der Einkommensteuer das zuzulassen sei, was sie selbst für notwendig halten und selbst bestimmen.

Ueber der ganzen Auseinandersetzung lag eine ziemlich milde Ergebenheit. „Es nißt ja doch alles nicht!“ Das ist so die Stimmung der ehemals mit so großen Hoffnungen in das weite Gebiet der Politik hinausgeschickten Nationalversammlung.

## Die wankende Koalition.

Daß Herr Erzberger nicht mehr endgültig auf seinen Posten zurücktreten wird, oder jedenfalls nur, wenn sein Amt an den Nachfolger abzutreten, steht in politischen Kreisen überall fest. Offenbar ist selbst die Regierung jetzt davon überzeugt, wenn sie auch bisher verständlicherweise noch jede Stellungnahme offiziell abgelehnt hat. Die Schwere der Lage ist nicht in den Nachfolger — in dieser Beziehung wäre die Regierung wahrscheinlich bereit, einen parteilosen Fachmann, wie heißen: einen kapitalistischen Bankdirektor oder bestenfalls den jetzigen Unterstaatssekretär Mölle, den Vater aller bisherigen sowie auch der Kriegsteuererhebungsversuche, anzuerkennen —. Die Schwierigkeiten des Ausschließens Erzbergers bestehen in der drohenden Erschütterung der Koalition. Erzberger ist in der Zentrumspartei der Träger des Gedankens der Koalition mit den Rechtssozialisten und als solcher steht ihm eine nicht zu unterschätzende Opposition in der Zentrumspartei selber gegenüber. Er ist höchstwahrscheinlich, daß das Zentrum in der Koalition nach dem Ausschließen Erzbergers auf die Dauer nur zu halten sein wird, wenn man ihm neue weitgehende Konzessionen macht. Das ist selbstverständlich ein willkommenes Angebot für die Demokraten, namentlich ihrerseits immer stärker hervortretenden kapitalistischen Neigungen innerhalb der Koalitionsregierung noch mehr als bisher zu folgen und neue Konzessionen von den Rechtssozialisten zu fordern. Mit Erzberger scheidet aus dem Kabinett der letzte „Sozialdemokrat“. Wenn diese Koalitionsregierung überhaupt sozialistische Neigungen hatte, so war Herr Erzberger der Verfechter dieser Wünsche. Er war, wenn auch in sehr beschränktem Maße, das sozialistische Gewissen dieser Regierung. Die sozialistischen Minister selbst waren viel eher bereit, Position um Position dem Zentrum und den Demokraten zu überlassen. Mit Erzberger fällt deshalb auch der letzte Säulen einer sozialistischen Regierung von diesem Kabinett. Nichts kapitalistische Interessen der Demokraten und kirchliche Herrschaftsgelüste des Zentrums bleiben übrig. Die Deutsche Volkspartei hat die Situation bereits erkannt und beginnt das Herbeiführen um den Anschluß an diese neue Koalition, die den verschleierten Kurs nur allzuoft mit fester Hand ins offene kapitalistische reaktionäre Fahrwasser lenken wird. So hat die Erzberger-Stufe sich langsam zu einer latenten Kabinetskrise entwickelt, die jeden Augenblick akut werden kann, die aber vor allen Dingen im Augenblick der Wahlen sofort akut werden muß. Deshalb bemüht die Regierung, sich die Wahlen zum neuen Reichstag solange wie irgend möglich hinauszuschieben. Man will versuchen, den Frühjahrstermin fallen zu lassen und die offizielle Deutsche Allgemeine Zeitung kündigt bereits andeutungsweise die Verschiebung der Wahlen auf den 1. September an. Ob dieses Manöver gelingen wird, muß im Augenblick noch als sehr zweifelhaft gelten. Die Durchführung der Erzberger'schen Steuerreform in der Nationalversammlung kann zu Überraschungen führen, die eine Verabschiedung vereiteln, so daß die Regierung wohl oder übel sich zu Neuwahlen entschließen muß.

## Die Regierung zum Fall Nielles.

Die Regierung sieht sich endlich genötigt, auf die Anträge zu antworten, die der französische General Nielles, der Führer der internationalen Vorkriegs-Kommission, in der französischen Kammer gegen die deutschen Militärverhältnisse erhoben hat. Dabei muß die Regierung die materielle Veranschlagung der Anträge zunächst zugeben. Die Vorkriegs-Truppen haben trotz der Zusicherungen, die die verantwortlichen deutschen Führer dem General Nielles gegeben haben, Waffen und Munition aus dem Baltikum mitgeschleppt. Die Regierung erklärt, daß darüber noch immer Untersuchungen im Gange sind. Die Dauer dieser Untersuchungen ist höchst eigenartig und dürfte wahrscheinlich ebenso wenig zu einem Resultat führen, wie alle Untersuchungen, die die Regierung bisher in ähnlichen Fällen geführt hat. Die Regierung behauptet nun weiter, daß der Reichspräsident dem General Nielles erklärt habe, daß insoweit der großen Bewährung, die damals im Belegapparat der Vorkriegs-Truppen gefordert wurde, die entsprechenden Beweise nicht rechtzeitig überreicht werden konnten, zum anderen Teile aber disziplinarisch nicht bestraft wurden. Der General Nielles hat diese Erklärung zur Kenntnis genommen, und die Regierung fühlt sich nun verlegt, weil er trotzdem die heilige Anklage in der französischen Kammer gegen sie erhoben hat. Zur Beurteilung dieser Angelegenheit muß zunächst abgewartet werden, was der General Nielles auf diese Darstellung zu erwidern hat. Zusammen muß die Haltung der Regierung als rechtlich empfindsam gelten, denn ihre Aufgabe wäre es gewesen, auf solche Leugnungen die Verfolgung der Schuldigen herbeizuführen. Da das nicht geschehen ist, so kann es dem General unangenehm verdroht werden, wenn er an der Loyalität der deutschen Regierung zu zweifeln beginnt.

## Die U. S. P. im Freistaat Hessen.

Einige rechtssozialistische Blätter, so die Chemnitzer Volksstimme, haben jüngst Meldungen über einen „katastrophalen Rückgang“ der Unabhängigen Sozialdemokratie bei den Kreis- und Provinzialtagwahlen im Freistaat Hessen gebracht, die in der bürgerlichen Presse, so den ehrenwerten Leipziger Neuesten Nachrichten, freudensprühend nachgedruckt wurden. Wie es in Wirklichkeit damit steht, zeigt die folgende Darstellung, die uns aus Frankfurt a. M. zugeht: Im Freistaat Hessen und der Provinz Starkenburg fanden kürzlich die Wahlen zu den Kreis- und Provinzialtagen statt. Die amtlichen Wahrscheinlichkeiten, die jedem veröffentlicht werden, bestätigen das bisher schon bekannt gewordene Ergebnis. Ganz allgemein ist eine starke Wahlminderung festzustellen, die in den zurückgegangenen Stimmenzahlen ihren Ausdruck findet. Von dem Stimmenrückgang wurden alle Parteien, mit Ausnahme der äußersten Rechten, betroffen. Die Demokraten und Rechtssozialisten haben gegenüber den Nationalwahlen oder den darauf folgenden Volkskammerwahlen einen geradezu katastrophalen Stimmenverlust erlitten. Im Kreise Offenbach-Dieburg z. B. hatten die Rechten bei den Nationalwahlen nur 60 000 Stimmen erbracht, während bei den Kreiswahlen nur noch rund 20 000 Wähler ihrem Ruf folgten. So oder ähnlich war das Ergebnis in allen anderen Kreisen. Auch unsere Partei hatte unter der allgemeinen Wahlminderung zu leiden. Ihre Stimmenverluste war ebenfalls zum Teil recht erheblich, besonders wenn man die letzten Stadtverordnetenwahlen in Betracht zieht, doch hat sie ihre Stimmen gegenüber den National-

wahlen immer noch nahezu verdoppelt. Im Kreise Offenbach-Dieburg, in dem die Rechten zwei Drittel ihrer Stimmen seit der Nationalwahl einbüßt haben, sind unsere Stimmen trotzdem von 5000 auf 10 000 Stimmen gestiegen. Im Mainz betrug der Stimmenrückgang der U. S. P. 42 Prozent gegenüber den Stadtverordnetenwahlen, während die Blockparteien (das sind die Rechtssozialisten bis zu den Deutschnationalen) 54 Prozent ihrer Stimmen einbüßten. Als ein besonders „erfreuliches“ Ergebnis ist festzustellen, daß wir auf dem flachen Lande bedeutende Fortschritte zu verzeichnen haben. In recht vielen Orten konnten wir erstmalig eine ganz erhebliche Stimmenzahl auf unsere Liste vereinigen. Besonders im Kreise Mainz ist diese Tatsache festzustellen.

Verhältnismäßig ungünstig waren die Wahlergebnisse in den Städten. Das hat seine Ursache in dem Belagerungsstand und dem zehntägigen Verbot des Frankfurter Volkrecht, was eine Wahlaktion nahezu unmöglich machte. Das Fehlen der Presse war natürlich besonders hinderlich in den Städten, während in den Landorten die Agitation von Mund zu Mund das Presseverbot ziemlich unwirksam machte. Uebersichtlich zu sagen, daß die Gegner, allen voran die Rechten, die Mundtotmachung unserer Partei weidlich ausnützten und kein Mittel der Verdächtigung und Verleumdung verschmähten. Damit erreichten sie schließlich, daß sie auch viele Arbeiterkreise, angezogen durch die schone Kampfmethode, der Wahl fernhielten. Wenn man alle diese Umstände in Betracht zieht, kann man sagen, daß die U. S. P. mit dem Wahlergebnis zwar nicht zufrieden sein kann, daß aber von einem katastrophalen Rückgang doch nicht die Rede und zum Verzweifeln kein Anlaß ist.

## Die U. S. P. und die Internationale.

Aus dem Zentralkomitee der Partei wird uns geschrieben: Das Zentralkomitee der Partei hat in einer Sitzung der erweiterten Parteileitung am 27. Februar 1920 dem Votum unter Vorlage des gesamten Materials eingehend über die Maßnahmen bezüglich der Durchführung des Leipziger Parteitagbeschlusses zur Frage der Internationalen entschieden worden. Der Leipziger Parteitag beauftragte das Zentralkomitee, auf Grund des Aktionsprogramms der Partei mit der 3. Internationale und den sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder sofort in Verhandlungen zu treten, um einen Zusammenstoß herbeizuführen und so mit der 3. Internationale eine aktionsfähige, geschlossene, proletarische Internationale zu errichten.

Sofort nach dem Parteitag und seitdem ununterbrochen hat das Zentralkomitee in diesem Sinne gearbeitet. Unablässig hat der Parteivorstand sich direkt an die Moskauer Internationale gewandt und mit dem Genossen Medel, der inzwischen nach Moskau zurückgekehrt ist, persönlich über den Zusammenstoß verhandelt.

Die erweiterte Parteileitung kam einstimmig zu der Ansicht, daß vom Zentralkomitee alles getan worden ist, was getan werden konnte. Die Billigung aller einseitigen Maßnahmen, die hasserfüllt und zu dem gewöhnlichen Scheitern führen werden.

Die internationalen Beziehungen werden durch andere Ereignisse (Presse, Parteitagsergebnisse usw.) heute noch so geklärt, daß eine genaue Beurteilung wohl mehr Zeit in Anspruch nimmt, als wirklich eingenommen wird.

Dennoch ist zu erwarten, daß diese Schwierigkeiten bald überwunden werden.

Sowie die einzelnen Schritte zu bestimmten Ergebnissen angeht, wird die Parteileitung den Genossen sofort davon Mitteilung machen.

## Unverschämte ungarische Regierungslügen.

Das ungarische Telegr.-Korr.-Bureau meldet zur Ermordung der sozialistischen Abgeordneten Bela Zamogul und Bela Bacso, daß nach Zeugenaussagen auf Grund von Aufzeichnungen in kommunistischen Kreisen die „Morde kommunistischen Interesses“ hätten. Weil die Arbeiterklasse sich zu einem großen Teile auf nationale Grundlage gestellt habe, sollte sie aufgerollt werden.

Wir diesem „Menschheit“ will die ungarische Regierung anscheinend zeigen, daß sie in der Fabrikation von Lügen nachrichten noch ärgeres zu leisten vermag, als auf dem Gebiete der Blut- und Gewaltpolitik. Ihr niederträchtiger Versuch, die Schandtat der reaktionären Nordhorden den Kommunisten in die Schuhe zu schieben, wird wenig Erfolg haben. Wie stripplos diese ungarische Regierung sich nicht nur über alle Gesetze der Menschlichkeit, sondern auch über die Bestimmungen des Völkerrechtes hinwegsetzt, beweist eine angeklagte Note der deutsch-österreichischen Regierung, worin diese schäblichen Prozeß gegen Uebergriffe ungarischer Organe erhebt. Die Staatskanzler Neuner dazu mittelste, häuslich die Fälle, in denen ungarische Behörden Reisende auf deutsch-österreichischem Gebiet überfallen, nach Ungarn verschleppen und grausam mißhandeln.

An den himmelschreienden Mißständen in Ungarn wird sich unter der Herrschaft der konterrevolutionären Regierung auch nicht viel ändern, wenn jetzt die Nationalversammlung nach einer Meldung aus Budapest eine Vorlage über die „Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände“ angenommen hat.

## Die Allierten und die Türkei.

In seiner Rede über die Regelung der türkischen Frage führte Lloyd George u. a. noch aus: Die Friedensziele der Allierten gegenüber der Türkei seien: 1. die Freiheit der Dardanellen, 2. die Verteilung aller nichttürkischen Gemeinshalten von der türkischen Herrschaft und 3. Selbstverwaltung für die Gemeinshalten, die zum größten Teil aus türkischen Untertanen bestehen. Es müßten Verfügungen für den Schutz der Minderheiten gegen türkische Unterdrückung gegeben werden. Es grenzten an das Schwarze Meer sechs oder sieben unabhängige Völker und es sei notwendig, daß ein freier Weg bestünde, um zu diesen Völkern zu gelangen. Die Türkei solle nicht ganz ihrer Vormundschaft über die Wasserstraßen beraubt werden, vor allem aber müßten die Dardanellenforts geschleift werden und dürfte keine Truppen im Bereich der Wasserstraßen halten. Statt dessen wollten die Allierten selbst Garnisonen an den Wasserstraßen errichten, mit deren Hilfe nicht allein die Dardanellen, sondern auch der Bosporus bewacht werden würden. Die andere Lösung der türkischen Frage wäre die internationale Verwaltung von Konstantinopel gewesen: Dies hätte bedeutet, daß eine Million Menschen von einer Kommission regiert würde, in der England, Frankreich und Italien, vielleicht auch noch Rußland und andere Länder vertreten sein würden. Dies würde nicht nur zur Eifersucht Veranlassung geben, sondern auch die Selbstverwaltung Konstantinopels unmöglich machen und zu einer militärischen Verwaltung führen. Die Vertreibung der Türken aus Konstantinopel würde auch keineswegs die Sicherheit der Armenier gewährleisten. Die Minderheiten würden in Zukunft unter der Hut Großbritannien, Frankreichs und Italiens sicher leben können. Man benötigte, den Türken die Herrschaft über alle nichttürkischen Massen zu nehmen, die sie früher unterdrückten. Man brauche sie der Herrschaft über die Wasserstraßen nach dem Schwarzen Meer, die es ihnen in der Vergangenheit ermöglichte, so viel Unheil anzurichten.

## Ein türkisch-englisches Geheimabkommen.

Am 28. Februar, 28. Februar. Aus Paris wird gemeldet: Anlässlich der Verhandlungen der türkischen Krone im Obersten Rat veröffentlichten einige Pariser Blätter den Wortlaut eines Geheimabkommens, das im Oktober 1919 zwischen dem damaligen türkischen Großvezir Damad Scherif Palasa und England abgeschlossen worden sei. England liefert in diesem Vertrag der Türkei die Unabhängigkeit, Konstantinopel bleibt Sitz des Kaisers und die Dar-

danelien werden der englischen Kontrolle unterstellt. Die Türkei wird sich der Bildung eines unabhängigen Turkestan nicht widersetzen und verpflichtet sich, die englische Oberhoheit in Syrien und Mesopotamien zu unterstellen. Die britische Regierung verpflichtet sich, die sämtlichen Polizeikräfte zu sichern, um die verfassungsmäßige Regierung in der Türkei gegen die Bewegung der Nationalisten zu schützen. Die Türkei verzichtet auf alle Rechte in Ägypten.

## Deutschland.

### Rechtssozialistischer Protest gegen das Verbot an die Hohenzollern.

In einer außerordentlichen Verbandstagung der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Großberlin, an der auch Ministerpräsident-Hirsch, Kultusminister Hänisch und Reichsernährungsminister Schmidt teilnahmen, wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der aus schärfster gegen die der preussischen Landesversammlung zugegangene Vorlage über die Befreiung des ehemaligen Königs von Preußen protestiert und verlangt wird, daß durch Reichsgesetz das gesamte Grundvermögen der Krone für den Staat enteignet wird. Falls die Vorlage von den bürgerlichen Parteien beschloffen werden sollte, sei das Ausschließen der Sozialdemokraten aus der preussischen Regierung die selbstverständliche Konsequenz.

Wir bezweifeln sehr, daß die Rechtssozialisten die „selbstverständliche Konsequenz“ schließlich ziehen werden!

### Wie soll der Arbeiter die Steuern zahlen?

Mit dieser Frage beschäftigte sich eine Konferenz, die im Finanzministerium stattfand. Man beschäftigte sich mit den vorläufigen Bestimmungen über die Erhöhung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn. Es waren Vertreter der Großindustrie und des Handels, sowie der Arbeiter geladen. Es wurde allgemein der Ansicht Ausdruck gegeben, daß der im Entwurf vorgesehene Abzug der Arbeitslöhne nach einem schwierigen Visionsstadium nicht zu empfehlen sei. Von den Vertretern der Industrie und des Handels wurde auf die bedeutenden Kosten eines solchen Verfahrens hingewiesen. Die Vertreter der Stadt Berlin schärfte ausdrücklich die nahezu ungeheuren Schwierigkeiten, die sich bei der Berechnung ergeben würden. Als vorteilhafter wurde die im Entwurf gleichfalls vorgesehene Erhöhung durch Befreiung von Steuermarken bezeichnet, da hierbei eine geringere Arbeitsleistung erforderlich sei und der Arbeiter eine Unterlage über die geleisteten Steuern nicht in der Hand habe. Die amtierenden Vertreter der Großbetriebe betonten, daß für diese Leistung eine Entschädigung von der Steuerbehörde gewährt werden müsse. Der Regierungsvorsteher versprach, diese Anregungen der zuständigen Stelle weiterzugeben.

### Die Zigarettenfabrikanten und die Zigarettensteuer.

Der Unternehmerverband der Zigarettenindustrie hat in einer Landtagsversammlung eine Entschließung gefaßt, in der er die vom Reichsfinanzministerium vorgeschlagenen Änderungen des neuen Tabaksteuergesetzes ablehnt. Die Zigarettenindustrie könne unter den heutigen Verhältnissen auch eine Belastung im Rahmen der vom Reichsfinanzministerium vorgeschlagenen Ermäßigung der Steuerlast nicht tragen. Eine derartige Belastung müsse zu einem starken Konsumrückgang und zu einer starken Einschränkung, wenn nicht völliger Stilllegung der Zigarettenindustrie führen. Dadurch würden auch die Interessen der Arbeiter stark verletzt, denn die bereits ausgetrockneten Kündigungen würden zur Entlassung einer großen Zahl von Arbeitern und Angestellten führen.

### Um die Mandate der Abgeordneten aus den abzutretenden Gebieten.

Der Geschäftsordnungsausschuß der Preussischen Landtagsversammlung behandelte die Frage, ob die Abgeordneten, die in den abgetretenen Gebieten wohnen ihre Mitgliedschaft im Hause verlieren. Die Verhandlungen wurden noch nicht zu Ende geführt, da man sich mit der Nationalversammlung über diese Frage verständigen will.

Der Ausschuss der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten hielt am Freitag eine längere Sitzung ab, deren Gegenstand die Auslieferungskrone bildete. Am Schluß stellte der Vorsitzende fest, daß die Mitglieder des Ausschusses bis auf zwei mit allen Aktionen in der Auslieferungfrage einverstanden erklärt hatten.

Abend Finanzlage. Am holländischen Landtage erklärte Finanzminister W. I. K. wenn das Reich die Beiträge für die ausländischen Familien-Unterstützungen anhaben zurückstellt, könne von Staatsschulden keine Rede sein. Die Finanzlage sei durchaus gesund. Bis zum 1. April 1920 werde man mit den Steuererhöhungen wohl auskommen; aber nach dem 1. April bestimme die Sorge, weil dann die Reichsbefehlshaberordnung auf die noch verbleibenden Beamten übertragen werden müsse.

## Kleine Auslandsnachrichten.

### Blutiger Zusammenstoß in Amsterdam.

Amsterdam, 29. Februar. Gestern abend kam es hier zwischen der Polizei und einer großen Volksmenge, darunter zahlreiche freilebenden Hafenarbeitern, zu mehreren schweren Zusammenstößen, bei denen sowohl die Polizei als auch die Menge von den Schusswaffen Gebrauch machte. Mehrere Personen wurden verwundet.

### Flucht und Verhaftung Judenitschs?

Das Wolffsche Bureau bringt folgende Meldungen, die wir unter Vorbehalt wiedergeben:

Kopenhagen, 28. Februar. Berlingske Tidende erfährt aus Reval, daß Judenitsch und seine Charaktere Estland verlassen haben. Ihre Abreise hätte beinahe den Charakter einer Flucht und ging in Autosmobilen unter englischer Flagge (l) vor sich. General Judenitsch soll sein Eigentum, angeblich etwa 100 Millionen estnische Mark, auf einem französischen Dampfer in Sicherheit gebracht haben. Mit anderen Dampfern verlassen die Familien seiner Generale Estland.

Stapelburg, 29. Februar. Die russischen Generale Judenitsch, Gafanoff und Wladimiroff wurden, angeblich auf der Reise nach Deutschland begriffen, in Riga auf Veranlassung der englischen Mission verhaftet.

Verteilsbeschränkungen in Italien. Infolge der Kohlennot werden zahlreiche Flüge ausfallen. Der Sonntagsverkehr wird eingeschränkt werden.

Ein Hilferuf aus Ungarn. Welcher Verantwortung einer Interpellation im Abgeordnetenhaus wegen der Ernährungsfrage richtete der ungarische Ministerpräsident Huszar einen Appell an die ganze zivilisierte Welt, Ungarn nicht auszuhungern.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Lechner in Leipzig.  
Verantwortlich für den Ankerenteil: Friedrich Willr., Vordorf-Verlag.  
Druck und Verlag: Leipziger Ankerdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

**Bamberger & Herz**  
 Leipzig Augustusplatz  
 bringen stets das Neueste in  
**Sacco-Anzügen für Sport,  
 Strasse und Reise**

**Beyer & Schmitz  
 Modeführer**

Bd. 1 Kleider u. Mäntel  
 Bd. 2 Blusen u. Röcke  
 Bd. 3 Jungmädchen-Kleidung  
 Bd. 4 Kinder-Kleidung

Jeder Band nur 1 M. 20 Pf.

Beyer's Modeführer sind die schönst. u. billigst. Albenes f. d. praktische Schneider!

In allen Buchhandlungen oder postfrei f. 1.20 Mk. + Fr. 1.00  
 Leipzig 12, Original Otto Beyer, Post-Konto 42276

Bestellungen in einem Tage.  
 — kurze von 20 Wrt. an —  
 Fernruf 40 205.  
 Kausler, Moritzstraße 40.  
 Müller, Schöler, Kurt Weiz, Bismarckstraße 7-9, hinter d. Hotel, 9-5 Uhr, im Restaurant, abends 8-11 Uhr, und jeden Sonntag für Kinder jeden Mittwoch, Walzer und Rheinländer.

FRÜHJAHR'S-NEUHEITEN



**HOLLENKAMP**

**Sozialdemokr. Verein Groß Leipzig U. S. P. D.**

Achtung! Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse! Achtung!  
 Heute Montag, den 1. März 1920, abends 7/8 Uhr:

**Große öffentliche Frauen-Versammlung**  
 im Feisenkeller, L.-Plagwitz.

Tagesordnung:  
**Sozialisierung des Haushalts.**  
 Referent: Genosse Otto Jenßen, Berlin.  
**Freie Aussprache.**

Zahlreichen Besuch erwartet Der Hauptvorstand.

**Vorstandsmitglied**

für großen Konsumverein zu baldigem Antritt gesucht.  
 Bewerber müssen mit der Genossenschafts- und Arbeiterbewegung, besonders aber mit dem Tarifwesen, vollständig vertraut und befähigt sein, die Genossenschaftsbewegung durch Wort und Schrift zu fördern.  
 Ausführliche Bewerbungsschreiben mit Gehaltsansprüchen und Bezeichnung der bisherigen Tätigkeit sind bis **10. März** unter **Z. 42** an die **Leipziger Volkszeitung** zu richten.

**Metallarbeiter**  
 Verband

Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Arbeitszeit entliehen werden.  
 Krankenschein müssen genau eingereicht und Verbandsbuch innerhalb drei Tagen einlegen.

**Achtung, Arbeiterauschüsse!**

Bis Mitte nächster Woche müssen die Betriebsratswahlen in allen Betrieben ausgeführt sein. Die Ausschüsse müssen den Unternehmer veranlassen, den Vorschriften des Gesetzes entsprechend die Vorarbeiten zu treffen.

Montag, Dienstag und Mittwochabend wird Auskunft erteilt über das Betriebsratsgesetz und die Betriebsratswahlen, in der Zeit von 5 bis 7 Uhr abends:  
 Restaurant Kamerun, Kleinzsch. Nonnenstr.  
 Rickau-Vinschaut, Wohlis, Göbbelstraße  
 Elberpappel, Volkmarstort, Kirchstraße  
 Volkshaus, Leipzig, Seiger Straße.

**U. S. P. D. Gross-Leipzig.**  
 Alt-Leipzig. Genossinnen! Dienstag, den 2. März, abends 8 Uhr, Diskussionsabend im Volkshaus. Vortrag des Genossen Plottke. Um rege Beteiligung wird gebeten.  
 Der Vorstand.

**Achtung! Schneider. Achtung!**

Die Anzahlung der noch nicht erledigten Streifenuntersuchung findet von Montag bis Donnerstag, nachm. 4-7 Uhr, im Bureau statt.  
 Die Ortsverwaltung.

Donnerstag, den 4. März, abends 7 Uhr:  
**Lehrlingsversammlung**  
 im Volkshaus, Seiger Straße.

Tagesordnung: I. Das Angebot der Innung in der Lehrlings-Entschädigungsfrage im Vergleich zum Tarifabschluss der Gehilfen. II. Wahl einer Sektionsleitung.  
 Wir erwarten ein zahlreiches Erscheinen aller Lehrlinge in der Herren- und Damenschneiderei.  
 Die Verbandsleitung.

**Bücherstube Otto Müller**  
 (UNS-Genossenschaft)

empfiehlt und versendet auch nach auswärts:  
 St. Gedächtnis, Briefe. Antimilitarismus.  
 Zeitgemäße Briefe (Lenin, Trotski, Gorki u. a.)  
 Saboul, Briefe aus Russland.  
 Bougel, Im kommunistischen Russland.  
 Marchand, Warum ich mich der sozial. Revolution angeschlossen.  
 Dunatscharski, Aufgaben der Arbeiterklasse.  
 Lenin, Aus nächster Nähe.  
 Eibacher, Rettung durch den Volkswissenschaft.  
 Eurenburg, Sunius-Broschüre.  
 Kautsky, Wie der Krieg entstand.  
 — Und das übrige reichhaltige sozialistische Sortiment.

**Futterrüben**

verf. Heinrich Gottschalch  
 Harmannsdorf bei Knauthain.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
 Zählstelle Leipzig

**Musikarbeiter.**

Dienstag, den 2. März 1920, nachmittags 7/8 Uhr  
**Grosse Mitglieder-Versammlung**  
 in den Westend-Hallen, L.-Plagwitz.

Tagesordnung:  
 1. Der Kampf der Musikarbeiter in Berlin.  
 Referent: Kollege Dorn, Berlin. — 2. Branchensachen.  
 Die Branchenleitung.

**Bau- u. Möbel- u. alle dem Reichstarif unterstehende Betriebe.**

Mittwoch, den 3. März, nachm. 7/8 Uhr, im Volkshaus  
**Delegierten- u. Arbeiter-Ausschüsse-Versammlung.**

Tagesordnung:  
 1. Bericht über die mit dem Schutzverband gepflogenen Verhandlungen und Stellungnahme dazu.  
 2. Verschiedenes.  
 Die Lokalverwaltung.

**Maschin.-Sägerei- u. Hilfsarbeiter u. -Arbeiterinnen**

Donnerstag, den 4. März, abends 7/8 Uhr, im Volkshaus, Nebenraum, rechts:  
**Branchenversammlung.** — Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Maschinenarbeiter-Konferenz und Beratung von Anträgen hierzu. 2. Wahl von Delegierten. 3. Gewerkschaftliches. — Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir von allen Kollegen, daß sie in dieser Versammlung erscheinen.  
 Die Branchenleitung.  
 Ausschneiden und im Betrieb durchführen lassen!

**Borsten-, Bürsten-, Pinselmacher und alle in der Branche beschäft. Arbeiterinnen**

Freitag, den 6. März, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Billardzimmer:  
**Versammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht über die mit der Innung stattgefundenen Verhandlungen wegen Teuerungszulage. 2. Gewerkschaftliches.

**Gewerkschaftsfunktionäre**  
 sowie Ausschussmitglieder usw.

Mittwoch, den 3. März 1920, abends 7 Uhr  
**Versammlung im Volkshaus**  
 Tagesordnung: Betriebsratswahlen.  
 Zeltzer Str. Großer Saal  
 Gewerkschaftskartei Leipzig. Schilling.

**Schützenhaus**  
 Eisenbahnstrasse 125  
 Fernsprecher 60138  
 Inhaber: Paul Käßbol

Dienstag ab 6 Uhr  
 Mittwoch ab 6 Uhr  
**Grosser Mess-Ball.**  
 Junghänel kommt.

**Sanssouci.**

Heute Montag Grosser Elite-Mess-Ball.  
 Anfang 7 Uhr:  
 Morgen Dienstag Großer Sonder-Mess-Ball.  
 Anfang 7 Uhr:

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 1. März.

Parlamente Angelegenheiten.

Wesentliche Frauenversammlung. Heute, abends 7 1/2 Uhr, findet eine große öffentliche Frauenversammlung im Festsaal des Opernhouses statt.

Sommerfeld - Engelsdorf - Baalsdorf. Heute, Montag, abends 8 Uhr, Diskussionsabend im Guten Tropfen.

Die Leipziger Messermesse.

Trotz mancher Konkurrenz-Unternehmungen wächst der Umfang der Leipziger Messe. Er ist so groß geworden, daß eine Teilung der Messe hat stattfinden müssen.

Die Messe steht unter dem Zeichen des „Wiederaufbaus des deutschen Wirtschaftslebens“, das heißt des kapitalistischen Wirtschaftslebens. Der Kapitalismus will wieder hoch kommen.

Die Messe steht aber auch unter dem Zeichen des Ausverkaufs Deutschlands. Die Welt ist im Ausland 4 Pfennige. Da können die ausländischen Händler küpferst billig in Deutschland Rohstoffe und Fertigfabrikate kaufen.

Daß die Messe wesentlich umfangreicher geworden ist, zeigt schon das äußere Bild. Straßenbahnen sind extra dazu eingestellt, um den Verkehr zwischen den einzelnen Ausstellungshallen zu unterhalten.

Zur Messe werden auch eine Anzahl Musiker kommen. Das ist recht sozialistischen Herren auf dem Zummelplatz des Kapitalismus nicht fehlen, ist selbstverständlich.

Auch wenn das äußere Bild der Messe ein recht imponantes ist, für die Gestaltung des kapitalistischen Wirtschaftslebens ist das nicht der mindeste Beweis.

Ratsbeschlüsse.

Die Erhöhung des Straßenbahntarifs. Den Beschlüssen der Stadtverordneten zur Vorlage über die Erhöhung des Straßenbahntarifs wurde beigegeben, soweit die Beschlüsse sofort praktisch zur Ausführung gelangen können.

Krafftbeschlüsse. Auf ein erneutes Gesuch wurde den Kraftbrotschneidern zur Deckung der nachweislich wieder bedeutend ge-

legenen Betriebskosten gestattet, weitere 100 Prozent Zuschlag zur Grundtaxe zu erheben, so daß sie nunmehr berechtigt sind, insgesamt das sechsfache der Grundtaxe zu erheben.

Die Geschäftszettel der städtischen Verwaltungen. Beschlossen wurde, bei den städtischen Verwaltungen und dem Polizeiamt bis auf weiteres die durchgehende Geschäftszettel beizubehalten.

Die Verflächung des Zoologischen Gartens.

Nachdem die Stadtverordneten unterm 20. Juni und 25. November 1919 den Rat ersucht hatten, die Uebertragung des Zoologischen Gartens in städtischen Besitz in die Wege zu setzen, legt der Rat nunmehr nach dem Abschluß der Verhandlungen mit Vorstand und Aufsichtsrat der K. G. Zoologischer Garten den Entwurf des Verflächungsvertrags vor.

Als Gegenleistung für die Uebertragung des Vermögens der K. G. Zoologischer Garten gewährt die Stadtgemeinde Leipzig den Besitzern von Aktien des Zoologischen Gartens das Recht des freien Eintritts in den Zoologischen Garten für sich und ihre Familienangehörigen in der in § 24 des jetzigen Gesellschaftsvertrags bezeichneten Weise auf die Dauer von 10 Jahren vom Tage der Uebernahme an mit der Maßgabe, daß das Recht des freien Eintritts innerhalb dieser Zeitdauer auf die Erben des Aktienbesizers übergeht.

Zum neuen Straßenbahntarif.

Beim Kauf einer neuen Wertkarte für meine an Sonn- und Wochentagen gültige Anreizkarte wurde mir vom abertretenden Beamten bei der Straßenbahn unterbreitet, daß ich bei Benutzung meiner Anreizkarte zu Fahrten an Sonntagen für jede Fahrt einen Zuschlag von 10 Pfg. noch extra zu entrichten habe.

Grundsätzlich der Knippkarte könnte man diesbezüglich im Zweifel sein, soweit es sich um neuwertige handelt. Dagegen ist dieser Zuschlag sowie derjenige von 1 Mark für alle Fahrten nach 11 Uhr abends nach meiner Ansicht nicht zu entrichten für alle vor Inkrafttreten des neuen Tarifs gelösten Knippkarten.

Anruf zur Anmeldung von Ansprüchen an die Kriegerversicherungskasse und an den Kriegsvorsorgefonds der Volkshilfe.

Nachdem der Friede durch die Ratifizierung des Friedensvertrages seitens Frankreichs am 10. Januar d. J. abgeschlossen ist, kann dieser Tag als Beginn der Frist für den Ablauf von Anmeldungen von Ansprüchen angesehen werden.

Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut Leipzig.

Der Verlauf der Frühjahrsmesse. Das Wehant teilt uns mit: Die Zahl der Besucher der Allgemeinen Wintermesse hat bis Sonntag Abend fast 90 000 erreicht.

Der Rat- und Fortbildungsschulunterricht für junge Mädchen. Das Schulamt schreibt uns: Nachdem für alle jungen Mädchen vom 14. Lebensjahre an der Besuch der städtischen Fach- und Fortbildungsschule zur Pflicht gemacht ist, haben auch Besucherinnen von

Holzhäuser- und Jahreskursen in kaufmännischen und gewerblichen Privatschulen zu gleicher Zeit die Volkshilfebildungsschule für Mädchen zu besuchen.

Eine Vortragsreihe, in der das Kind als Grundthema gedacht ist, veranstaltet der Leipziger Verein der Kinderfreunde (Kinderbund) e. V. auch in diesem Jahre von Mitte März bis Mitte April an 6 Tagen abends 7 1/2 Uhr im Saale der Alten Handelsbörse am Raschmarkt.

Am Abend des 12. Volkschule am 18. Februar zeigte Herr Uchheim, wie Schulerkenntnisse, Literatur, Unterrichtsfächer und Sprachgewandtheit zu stiftlichen Anregungen verwendet werden.

Zur Abgabe von Beiträgen an die Kriegsgeschädigten wird uns vom Bezirksamt für Kriegserlöse bei der Amtshauptmannschaft Leipzig geschrieben: Nach einer Verordnung des Landesamtes für Kriegserlöse vom 11. Februar 1920 kann Beiträge zur Abgabe von Beiträgen an Kriegsgeschädigte und Hinterbliebene nicht mehr direkt abgegeben werden.

Die Rechnungsstelle der Volkshilfe in Leipzig hat im abgelaufenen Jahre eine erhebliche Entlastung erlangt. Der Versicherungsbestand konnte, wie man uns mitteilt, um rund 3900 Versicherungen erhöht werden.

Säuglings- und Kinderpflegekurse (Mutterkurse). Man schreibt uns: Der Leipziger Verein für Volkshilfsangelegenheiten veranstaltet wieder einen seiner beliebtesten Kurse über Pflege, Ernährung und Gesundheitspflege des Kindes von der Geburt bis zum Ende der Schulzeit.

Ueber die Steuererleichterung des Reiches und ihre Bedeutung für Handel und Industrie spricht am 8. März, abends 6 Uhr, Herr Dr. Erwin Respondek vom Reichsfinanzministerium im großen Börsensaal der Handelskammer, Tröndlinring 2, Kaufhaus Treppenturm, die an diesem Vortrag Interesse haben, sind herzlich dazu eingeladen.

Feinstoffe für Kriegsgeschädigte. In der Zeit vom 1. bis 6. März 1920, von 9-12 Uhr, wird vom Ortsamt für Kriegserlöse, Domänenstraße 8, III., an augenbeschädigte und amputierte Kriegsgeschädigte je 1 Stück Feinstoffe zum Preise von 1.60 Mark abgegeben.

In den 17 städtischen Speiseanstalten belief sich in der Woche vom 16. bis 21. Februar die Speiseabgabe auf rund 43 000 Mahlzeiten gegenüber rund 40 000 in der Woche zuvor.

Schlachthof. Vormittags von 9 bis 12 Uhr Ausgabe von Fleisch, hergestellt aus außerordentlichem Pferdefleisch. Die Ausgabe erfolgt auf die letzte Haushaltkarte, der Preis beträgt 5 Mk. für ein halbes Pfund, Familien bis zu drei Personen erhalten ein halbes Pfund, die übrigen ein Pfund.

Lebensmittellieferer für Dienstag, den 2. März.

Für Haushaltungen. Anmeldung, Kraftsuppe letzter Tag - abzugeben 10 E und K der Lebensmittelkarte Reihe M (250 Gramm); Zusatzlebensmittelkarte 7 für Kriegsgefangene (50 Gramm).

Ausgabe, Gerstenmilchsuppe: Beginn - bestellt mit rechtem Kartenkopiertel der Lebensmittelkarte Reihe M mit dem 1/2 Pfund "Karte Reihe M" (250 Gramm); Zusatzlebensmittelkarte 1 für Kriegsgefangene (250 Gramm); Fleischmarkenstempel C 1-5 (100 Gramm).

37. Kartenausgabe: Nr. 1201-1400. Für Händler. Kartoffeln: Ablieferung der Kartoffelbezugskarten Ka 204 durch die Kleinhandlery an die Großverteilery bzw. Domänner.

**Vollzeitsnachrichten.**

**Waub!** Wiederum ist ein Raubüberfall verübt worden. Ein Dienstmädchen, das abends zwischen 10 und 11 Uhr an der Poststraße Christian- und Waldstraße die Straßenbahn verlassen hatte, bemerkte, daß ihm auf dem Wege von der Waldstraße nach seiner in der Christianstraße gelegenen Wohnung zwei junge Leute folgten. Vor ihrer Haustür versuchte einer der Burken dem Mädchen den Handtaschenriemen zu entreißen, was ihm jedoch nicht gelang, drängte es darauf an die Haustür und hielt es fest, daß es sich nicht rühren konnte. Währenddessen entließ der andre dem Mädchen ein dunkelblaues Feinleinen, das er über dem Arm trug und einen gelben Pappkarton, den er in der linken Hand hielt. In diesem befanden sich ein Paar seidene dunkelblaue Handschuhe, eine weiße Unterhose und eine weiße Weste sowie mit Nadeln und Ketten versehen, mit einem F. D. gezeichneten, weißen Taschentuch und 100 Bismutarten auf den Namen Frieda Demuth. Als die Mörder ihr Ziel erreicht hatten, entflohen sie eilhaft nach der Elbfässer Straße zu und verschwanden in der Dunkelheit. Die Veranlaßter beschreiben den einen der Männer als etwa 19-21 Jahre alt, 1,65 bis 1,70 Meter groß, bartlos. Einer trug einen aus selbstverarbeitetem Leder gearbeiteten und der andre, der eine breitgezogene sächsische Mundart sprach, einen kurzen schwarzen Überzieher; beide haben graue, welche Frisur getragen.

**Aus der Umgebung Leipzigs.**

**Landkrankenkasse Grimma-Land.**

Für die Auswahl der Arbeitgeber- und Versichertenvertreter des Ausschusses ist nur je ein Wahlvorschlagn ergangen. Es gelten deshalb die Vorschläge als gewählt. Gewählt sind demnach:

**I. als Mitglieder:**

- Arbeitgeber: 1. Rittergutsbesitzer Karl von Böllow, Böben, 2. Rittergutsbesitzer Ferdinand von Uebendorf, Kößern, 3. Rittergutsbesitzer Paul Zwick, Naumburg, 4. Gutsbesitzer Bruno Julius, Gredwitz, 5. Gutsbesitzer Hermann Welsch, Bernsdorf, 6. Gutsbesitzer Arno Gemma, Wilschdorf. — Versicherte: 1. Hausbesitzer August Schulte, Wilschdorf, 2. landw. Arbeiter Max Verhold, Cierzowitz, 3. Geschäftsführer Hermann Wehner, Gredwitz, 4. Gemeindevorstand Robert Kiehn, Naumburg, 5. Inspektor Richard Strunz, Cierzowitz, 6. Hofmeister Wilhelm Kies, Schönbühl, 7. landw. Arbeiter Gustav Brunsche, Naumburg, 8. landw. Arbeiter Traugott Erlar, Bernsdorf, 9. Anspanner Hermann Schindler, Böben, 10. Tagelöhner Friedrich Thormeyer, Naumburg, 11. Anspanner Eduard Stuhler, Cierzowitz, 12. Schirmmeister Ernst Reichold, Kößern.

**II. als Erfahrmänner:**

- Arbeitgeber: 1. Gutsbesitzer Paul Kessla, Naumburg, 2. Amtmann Georg Mühlh, Großbub, 3. Vorwerksbesitzer Paul Zwickmar, Beiersdorf, 4. Gutsbesitzer Kurt Ahlmann, Bröhen, 5. Gemeindevorstand und Gutsbesitzer Paul Bertram, Großbaraban, 6. Rittergutsbesitzer Emil Boden, Bernsdorf, 7. Pfarrrer Wilhelm Buschbeck, Großbaraban, 8. Gutsbesitzer Arthur Dampel, Kößern, 9. Gutsbesitzer Emil Grundmann, Kleinbubitz, 10. Gutsbesitzer Otto Gen, Golsern, 11. Gutsbesitzer Reinhold Pflüge, Rabitzsch, 12. Gutsbesitzer Paul Anders, Beiersdorf. — Versicherte: 1. Inspektor Arno Kalle, Kößern, 2. Hofmeister Franz Kesse, Böben, 3. Rittergutsbesitzer Hermann Kurzhals, Cierzowitz, 4. Schweinezüchter Karl Zeller, Cierzowitz, 5. landw. Wirtschaftlicher Arbeiter Ernst Pfeiffer, Kößern, 6. Hofmeister Hermann Glas, Naumburg, 7. Hofmeister Ernst Naumann, Naumburg, 8. Wirtschaftshilfe Emil Kühne, Golsern, 9. Wirtschaftsführer Mich. Stark, Kleinbaraban, 10. landw. Arbeiter Otto Frensch, Kößern, 11. landw. Arbeiter Hermann Berger, Bröhen, 12. Anspanner Friedrich Haupt, Beiersdorf, 13. Anspanner Otto Köh, Kößern, 14. landw. Arbeiter Albin Rübner, Kößern, 15. Dienstknecht Otto Klein, Golsern, 16. Wirtschaftsführer Kurt Bode, Gredwitz, 17. Dienstknecht Alfred Weg, Gredwitz, 18. Anspanner Max Schneider, Naumburg, 19. Anspanner Louis Zaube, Naumburg, 20. Schweinezüchter Bruno Drechsler, Kleinbaraban, 21. landw. Arbeiter Gustav Bergmann, Gredwitz, 22. Forsthausbesitzer Hermann Forster, Naumburg, 23. Wirtschaftshilfe Walter Feurich, Rabitzsch, 24. Dienstknecht Otto Kaller, Bröhen.

**Um die weltliche Schule.**

Ein Mißgeschick traf den Volksschulischen Elternbund, Abteilung Knautsain, in dem Herr Grimm-Leipzig für die konfessionelle Schule sprach. Gegen 4 Stimmen wurde folgende Entschliessung angenommen: „Die am 6. Februar vom Volksschulischen Elternbund nach dem Gasthof am Park zu Knautsain einberufene Versammlung kann sich mit den Ausführungen des Referenten nicht einverstanden erklären und fordert die weltliche Schule.“

Am 18. Februar nahm eine Elternversammlung (300 Personen) in Knautsain nach einem Vortrag des Herrn Götter-Wahren eine längere Entschliessung für die weltliche Schule einstimmig an.

**Wiederlich. Gemeinderatssitzung.** Die Amtshauptmannschaft teilte mit, daß Zuschüsse aus Reichsmitteln für die Kriegskassen nicht mehr zur Verfügung stehen. — In den Ausschuss für Amerikanische Hilfe wurde noch Frau Martha Kühn gewählt. — Von dem beabsichtigten Bau der Wasserleitung im Orte muß vorläufig abgesehen werden, da die Kosten hierfür unerträglich wären. Der Kostenschlag von 325.000 Mk. hat sich auf 1.895.000 Mk. erhöht, so daß der Anlieger Wasser 2,50 bis 3 Mk. kosten würde. — Der Bau der Straßenbahnlinie vom Krankenhaus St. Georg bis Grefenauer Weg mußte aus denselben Gründen abgelehnt werden. — Der Hundesteuererhöhung wurde in zweiter Lesung zugestimmt; ebenso einem Gesuch des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz (Billale Wiederlich) um Erlaubnis zum Branntwein-Kleinhandel. — Für die Befreiung der ausgedienten Lehrkräfte und Handarbeiter und Turnlehrer wurden zwei Bewerber und drei Bewerberinnen zur engeren Wahl dem Schulvorstand überwiesen. — Der Unfall- und Dastpflichtversicherung der Gemeindebeamten wird zugestimmt; desgleichen der Versicherung des Grefenauer Weges. — In Sachen der Wohnungslosensorge wurde mitgeteilt, daß die Amtshauptmannschaft nach Beschaffung der in Frage kommenden Wohnungen den Dispositionen des Gemeinderats bzw. des Genossen Rzone zugestimmt hat. Der notwendige Umbau der Wohnräume wurde zwecks Erledigung der Vorarbeiten dem Finanzausschuss übertragen; eine endgültige Entscheidung der Amtshauptmannschaft soll abgewartet werden. — Gutsbesitzer Kroschitz beantragte die Herabsetzung der Grundwertsteuer von 50 auf 33 1/2 Prozent. Genosse Rzone wies nach, daß damit für die kleinen Haus- und Grundbesitzer, denen man entgegenkommen wolle, eine nennenswerte Herabsetzung ihrer Steuerlasten nicht erreicht wird, und beantragte, dem heutigen Stande voranzuschreiten, und danach die Heranziehung zur Grundwertsteuer festzusetzen. Beide Anträge wurden dem Finanzausschuss zur Entscheidung überwiesen. — Die schmutzigen öffentlichen Anklänge des Hausbesitzers Häusler und Genossen gegen den Gemeinderat wurden durch Überpannung zur Tagesordnung niedriger gehängt. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

**Deßau-Markfleberg.** Aus dem Gemeinderat. Die drei preisgekrönten Entwürfe für Kleinwohnungsbauten werden auf der Baumeße in Leipzig ausgestellt. Die Arbeitsbedingungen der Gemeindegewerbetätigen sind geregelt worden; die Lohnsätze sind mit denen der Stadt Leipzig gleich. Die Anlage eines Schmutzplanges an der König-Albert-Straße wurde grundsätzlich beschlossen. Interesse dürfte es erwecken, daß zu dieser Anlage vier Säulen des vor Jahren abgebrochenen Römischen Hauses in Leipzig gestiftet sind. Weiter wurde die Anlage einer großen Obplantage an der Köbinger Straße beschlossen, die eingezäunt wird. Den jetzigen Pächtern werden die Parzellen noch auf drei Jahre überlassen. Auch verschiedene andere geeignete Plätze werden mit Obstbäumen bepflanzt. In einer Eingabe erlitten die Arbeiterlosen um Bewährung einer außerordentlichen Zulage, um ihrer großen Not zu steuern. Der Finanzausschuss schlägt vor, 100 Mk. für Verheiratete und für jedes Kind

10 Mk. extra zu gewähren. Solange nichts bekannt. Da über die Reichsregierung droht, den Gemeinden die Zuschüsse zu sperren, sobald sie Extrazustellungen den Arbeiterlosen gewähren, wurde gegen unsere Stimmen beschlossen, erst noch einmal an die Amtshauptmannschaft heranzutreten.

**Naumburg. Gemeinderatssitzung.** Das Gaswerk Engelderitz teilte mit, daß der Gaspreis ab Februar dieses Jahres erneut erhöht werden müßte. Einem Antrag zum bestehenden Gaslieferungsvertrag, nach welchem sich der Gaspreis nach den jeweiligen Erzeugungskosten erhöht oder senkt, stimmte man zu. Ein Gesuch um Erhöhung der Entschädigung für die Schanzenarbeiten wurde dem Finanzausschuss überwiesen. Gegen eine Bauzeichnung der Frau verw. Wölfe sind keine Einwendungen erhoben. Von unterm Benosen vor beantragt worden, mit dem Kirchenvorstand einen Vertrag zur Gleichberechtigung bei Beeridigung Andersgläubiger oder Dissidenten mit den Kirchengemeindegliedern abzuschließen. Die Kircheninspektion teilte nun mit, daß dieses bis zu der eventuell durch Gesetz erfolgenden Regelung zurückstellen sei. Der Gemeinderat hielt aber den Beschluß vom 30. Januar aufrecht, nach welchem die Regelung baldmöglichst in Angriff zu nehmen sei. Die Gemeinden Wolfshain und Kleinbubitz ließen sich dem hoffentlich nicht entziehen. Zur Schätzung von Grundstücken wählte man einen Ausschuss von drei Mitgl. Von der Genehmigung des 3. Nachtrags zur Gemeindefeuerordnung nahm man Kenntnis. Zur Berufung der Kohlenhändler bzw. der Verteilung der Kohlen wurden zwei Vertrauensmänner gewählt. Diese werden die Kohlenentwurf nicht befechtigen können. Die Kontrolle, will uns scheinen, besteht in erster Linie in der Kohlenlieferungsfrage selbst. Den Verbrauchern ist mit solchen bedeutungslosen Aufschlägen nicht geholfen. Die Erhebung der Luftverkeimungssteuer steht zunächst zum Teil auf Widerstand. Mit den Kohlenhändlern soll wegen der eventuellen Entschädigung für Kaffern der Steuer verhandelt werden. — In vertraulicher Sitzung wurden Wohnungsangelegenheiten und Unterzuzugangelegenheiten behandelt. Nach unserm Ermessen dürfte es doch angebracht erscheinen, erstere wenn nicht ganz, doch zu einem großen Teil in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Die Erfahrungen in der Wohnungvermittlung haben recht bedenkliche Zustände entworfen.

**Zwenkau.** Während unter dem Dreiklassenwahlrecht die Beratungen über den Haushaltplan einen ziemlich schlüssigen Charakter zeigten, herrschte in der letzten Sitzung des Stadtgemeinderats ein wesentlich anderer Zug. Parteipolitik war früher im Sitzungssaal verboten; aber auch hier ist ein Wandel eingetreten. Man stellt ganz deutlich, daß sich mit den Zeiten auch die Menschen geändert haben. Was aber der einzelne Stadtvertreter zum Abendort verzeiht und eine Erörterung darüber, welche Volkstreu die Konsumenten von Hering in Gelee sind, gehören unfreies Erachtens wohl weniger zu den Obliegenheiten des Stadtgemeinderats. — Der Hauptgegenstand der Verhandlungen bildete der Haushaltplan für die Monate Januar-März 1920. Für die Aufstellung des alten Haushalts wurden statt 60 Mk. 200 Mk. eingestellt. Auf Antrag der Genossen Städte und Häbner sollen dort der vordere Eingang und die dazu führenden Stufen befestigt und an Stelle der Treppe ein Feuer hergestellt werden, wodurch ein weiterer Raum im Hause erzielt wird. Beim Konto Gehälter wurde ein Antrag hunger, den städtischen Beamten und Angestellten eine Erziehungszulage von 100 Prozent der letzten Steuerzahlung sofort zu gewähren, mit 9 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Unse Genossen, die im Prinzip mit der Zulage sich einverstanden erklärten, hatten Verweisung des Antrags an die Finanzkommission beantragt, weil sie Klarheit über die Beamtengehälter haben und auch den städtischen Arbeitern eine Vorzugsstellung zukommen lassen wollten. Sie stimmten also hauptsächlich gegen das „sofort“ im Hungerjahr Antrag, mit dem sich nun die Finanzkommission beschäftigt wird. Zum Konto Bezirkssteuer lag ein Antrag des Stadtrats Schmalz und Genossen vor, der die Befreiung der von der Bezirksversammlung gewählten 2 Arbeiterkräfte verlangte. Es entspann sich hier eine sehr lebhaft Debatte, in der Stadtrat Popey und Stadt. Pöbner den Antrag bekämpften, der aber doch angenommen wurde. Von den Genossen Stadtrat Städte und Stadt. Mebel wurde der Wucher mit den notwendigen Bedarfs- und Lebensmitteln scharf gebrandmarkt. Es soll in der nächsten Sitzung ein Ueberwachungs-ausschuss gebildet werden. Auch an der Tätigkeit des Kräftelien, der den Bau der Einfamilienhäuser leitet, wurde herbe Kritik geübt. Das Defizit, das der Haushaltsplan aufweist, wird durch einen hohen Zuschlag zu dessen sein, wobei Wartenachung und Bestimmung in weitestgehendem Maße gewährt werden soll. — Ein von den Kriegserwitwen an den Stadtgemeinderat gerichteter Protest fand insofern Berücksichtigung, als ihnen Holz und Kohlen sowie Reichswaren zu billigen Preisen überlassen werden sollen. Im übrigen soll das Reich, dessen Kaufkraft es sei, zu besserer Fürsorge für die Kriegserwitwen und Kriegbeschädigten zu sorgen, aufgefordert werden.

**Sächsische Angelegenheiten.**

**Erhöhung der Preise für Milch, Butter und Käse.**

In der am Donnerstag im Landeslebensmittelamt abgehaltenen Preisoberaufsichtungsberichter wurde über die seit langem erdörterte Erhöhung der Milchpreise berichtet. Es sind einschließlich Erzeugerpreise von 1 Mk. und für höhergelegene Teile des Landes 1,20 Mk. festgesetzt worden; dazu kommen 10 Pf. für Frischmilchlieferanten und weitere 5 Pf. für Lieferanten nach Großstädten und deren Vororten. Ein höherer Preis für die Gebirgsregionen wird damit bekräftigt, daß die auf Viehwirtschaft angewiesenen Teile des Landes besonders gestellt werden müssen und auch im Frieden schon höhere Milchpreise hatten. Der Grundbetrag von 1 Mk. nebst den Zuschlägen entsprechen den Sätzen der benachbarten preussischen und sächsischen Gebiete. Diesen Milchpreisen entsprechend müßten auch die Butterpreise für Butter, Quark und Käse auf angemessene Höhe gebracht werden.

Zur Begründung dieser Preispolitik wurde mitgeteilt: „Die Regierung geht jetzt grundsätzlich davon aus, daß der Landwirtschaft Preise bewilligt werden, die ihr nicht nur die Produktionskosten decken, sondern auch einen angemessenen Gewinn gewähren, damit aber zur Erzeugung in dem wünschenswerten Umfang anregen. Erst wenn sich das Angebot einermäßig erhöht, kann an eine Senkung der Preisoberhäufnisse und vor allem an eine einigermaßen ausreichende Versorgung gedacht werden. Im Falle der Milchpreise haben aber diese an sich notwendigen Erwägungen eine Grenze hohe Milchpreise greifen allzu tief gerade in die Lebensverhältnisse von Kreisen ein, die unter keinen Umständen einer so schweren Belastung ausgesetzt werden dürfen. Im Einvernehmen mit dem Landesernährungsbeirat und nach sorgfältiger Prüfung aller von den verschiedenen Seiten hervorgebrachten Bedenken hat sich deshalb die Landesregierung außerstande gesehen, über die nunmehr festgesetzten Sätze hinauszugehen.“

Für die Konsumenten ist es ein außerordentlich schwacher Trost, daß sich die Regierung „außerstande gesehen hat, über die nunmehr festgesetzten Sätze hinauszugehen“, d. h. die noch weitergehenden Forderungen der Agrarier anzuerkennen. Die Landwirte haben zunächst einmal insofern ihren Willen, daß das Prinzip ihres wirtschaftlichen Strebens anerkannt ist. Und da sie gewöhnt sind, daß die Regierung vor ihren Forderungen regelmäßig zurückweicht, werden sie ihre weitergehenden Forderungen nicht lange zurückstellen.

**Eine nationalistische Kundgebung sächsischer Frauen.**

Die nationalistischen Kreise machen jetzt auch die Frauen mobil, um die Bekämpfung der Kriegsverbrecher zu hinterreiben. Aus Dresden wird gemeldet: „Die Verabwärtigung, die Deutschland vom Verbands durch die Auslieferungsforderung zugesagt worden ist, hat, wie die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei schreibt, bei den sächsischen Frauen eine tiefe Erregung hervorgerufen. Im sächsischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten laufen fortwährend Initiativen zur Abhebung der Entschädigung ein über das jeder Berechtigte widersprechende Phantasiehum der Verbandsstaaten und

über ihre Abhilfe, das sächsische Deutschland auch künftig zu erniedrigen. Von solchen Unterdrückungen liegen bereits mehr als 10.000 vor. Der Ministerpräsident Dr. Gradnauer hat die Kundgebungen nach Berlin an die Reichsregierung weitergeleitet, um diese von der über die erneute Grenzschleife der Verfallter Verbänden herrschende Stimmung zu unterrichten.“

Da die Entschädigung in der Auslieferungsforderung nachgegeben und sich damit einverstanden erklärt hat, daß die Angeforderten vor dem Reichsgericht abgerichtet werden, kann die künftige Sicherung der Empörung nur den Zweck haben, die Verhandlungen gegen die Angeforderten über die Bekämpfung der wirklich Schuldigen zu erschweren. Interessant wäre es übrigens, zu erfahren, aus welchen Kreisen diese Kundgebungen der Frauen kommen.

**Eine Antwort an die Versunder.**

Der rechtssozialistische Presse, die versucht, den Regierungszustand durch eine gemeine Verdächtigung des Genossen Dressel und der U. S. P. wech zu waschen, erteilt Dressel in der Volkszeitung für das Logitland folgende Antwort:

„Durch die mehrheitssozialistische und auch bürgerliche Presse geht eine Notiz: „Dunkle Gefährten“, welche die Sache Gaal-Horch noch einmal anschnelnd und dabei meine Person in verleumdender Art und Weise mit Dingen in Verbindung bringt, denen ich vollkommen fernstehe. Zur Sache will ich deshalb folgenden erklären: Ich habe weder direkt noch indirekt mit dem Abteilungsleiter Schmidt in Sachen Gaal Verhandlungen gepflogen zwecks Erlangung von Material gegen Gaal, noch Material von demselben erhalten. Schmidt ist mir vollkommen unbekannt. Das Material, das mir zur Verfügung stand, habe ich, um die Sache aufzuklären, dem Arbeitsamtlicher Feld zustellen lassen. Wenn bis heute in der Sache noch nichts weiter getan worden ist, so ist das nicht meine Schuld. Es trieft andre Kreise. Wenn in der Notiz noch gesagt wird, daß meine „Anschuldigungen“ gegen Gaal damals erübdnet gewesen wären, so ist diese eine bewusste Unwahrheit. Meine Angaben habe ich mit Beweismaterial belegt. Daß wir der Person Gaal halber 50.000 Mk. opfern wollten, ist mehr als plump. Sowie ich und ein Herr Gaal mit seinen besonderen Qualitäten nicht wert.“

**Nachtragetat für den Staatshaushalt von 1918 und 1919.**

Der Volkskammer ist ein Gesetz über einen weiteren Nachtrag zu dem Finanzgesetz auf die Jahre 1918 und 1919 und über einen Nachtrag zu dem Gesetz über die Verlegung des Rechnungsjahres des Staatshaushaltes über die Feststellung des Haushaltes auf das Bieteljahr vom 1. Januar bis 31. März 1920 zugegangen.

Darin wird vorgeschlagen, die festgestellten Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben des ordentlichen Staatshaushaltes für jedes der beiden Jahre 1918 und 1919 weiter um die Summe von 77.798.410 Mk. und der zu außerordentlichen Staatszwecken für diese beiden Jahre angelegte Gesamtertrag anderweit um 122.467.500 Mk. zu erhöhen. Die Gesamteinnahmen und Ausgaben des Zwischenhaushaltplanes auf die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1920 sollen um 4.840.021 Mk. erhöht werden.

Der größte Teil der Nachforderungen, nämlich 67.690.821 Mk., ist ungedeckt. Von den einzelnen Forderungen sind folgende bemerkenswert: Zuschüsse zu den Reichsdienstleistungen für die K. u. K. Fahrlspflüge an die Bezirksverbände und die Gemeinden 6.200.000 Mk., Zuschüsse zur Unterstützung der durch Bearbeitungsverbote erwerbslos gewordenen Textilarbeiter und Schaharbeiter sowie ihrer Angehörigen 5.750.000 Mk., durch Gewährung von Staatszuschüssen für den Mehraufwand an Autokosten bei der Beschaffung von Kleinwohnungen 12.067.500 Mk., Zuschüsse zu den Unterhaltungen auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge, einschließlich der Staatszuschüsse zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft 41.450.000 Mk. und endlich Zuschüsse zu den Familienunterstützungen an Angehörige der vergerichteten Freiwilligen der Sicherungstruppen 500.000 Mk. Für den Kauf von Aktien verschiedener Werte sind 76.600.000 Mk. angefordert worden, so daß sich als Gesamtsumme 122.467.500 Mk. Ausgaben ergeben.

**Obstpreise für Getränke in Gastwirtschaften.**

Dresden, 20. Februar. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat die Preise für Bohnen- und Erbsenbrot, Tee, Schokolade in den Gastwirtschaften, Kaffeehäusern und Konditoreien einer eingehenden Nachprüfung durch das Landespreisamt unterziehen lassen und dafür folgende Preise als angemessen bezeichnet, die zwar nicht als Höchstpreise im Sinne des Gesetzes gelten, jedoch dem Verbraucher einen Inhalt zu eigener richtiger Preisbeurteilung gewähren sollen: Bohnenkaffee ohne jede Mischung pro Tasse 1 Mk. (schwarz ohne Zucker), Tee pro Glas 60 Pf., Schokolade pro Tasse 1,50 Mk., Erbsenkaffee pro Tasse 30 Pf. Sämtliche Preise verstehen sich ohne Bedienungsgeld.

**Gegen die Erteilung neuer Schankkonzessionen.**

Das sächsische Wirtschaftsministerium hat eine Verordnung erlassen, in der die Verwaltungsbehörden ermahnt werden, gegenüber Gesuchen um Erteilung neuer oder bestehender Schankkonzessionen große Zurückhaltung zu üben und bei Prüfung des Bedürfnisses einen strengen Maßstab anzulegen. Veranlassung dazu gab der Sächsische Gastwirtverband, der auf die unangenehme Lage des Gastwirtsberufes hingewiesen hatte. Das Wirtschaftsministerium verteilte die Anweisung, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen kaum ein Bedürfnis für neue Gastwirtschaften vorhanden sei.

**Änderung des sächsischen Schulgesetzes.**

Aus Dresden wird mitgeteilt, daß das Gesamtministerium in seiner Sitzung am 27. Februar dem Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum Uebertragungsgesetz für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919 und dem Entwurf eines Gesetzes über das religiöse Erziehungsrecht zugestimmt habe. Das bedeutet ein Abgeben des im vorläufigen Jahre getanen Fortschritts, denn es läßt darauf hinaus, dem Volke die Religion zu erhalten und der Kirche auch weiter den Einfluß auf die Schule zu sichern. Gespannt darf man darauf sein, wie in der Volkskammer die Rechtssozialisten, die der Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule zugestimmt und erklärt haben, daß sie an diesem Grundlag nicht rücken lassen würden, sich aus der jetzigen Situation herauswinden und ihren Unfall begründen werden.

**Mandatswechsel in der Volkskammer.**

An Stelle des rechtssozialistischen Abgeordneten Heinrich Vange, der wegen seiner Ernennung zum Kreishauptmann sein Mandat niedergelegt hat, tritt der Landesbeamte Adolf Spindler aus Böveln in die Volkskammer ein.

**Plauen.** Der Rat der Stadt hat beschlossen, eine neue 15-Millionen-Anleihe aufzunehmen.

**Ramenz.** In aufregenden Szenen kam es auf dem hiesigen Flugplatz. Die zum Verkauf bestimmten Gegenstände, Meeresgut, waren bereits im stillen Vorverkauf veräußert worden. Als der eigentliche öffentlich angelegte Verkauf begann, war der größte Teil der Gegenstände bereits verladen. Die Gegenstände wurden beschlagnahmt und sollen nochmals verkauft werden. Es handelt sich um Werte von vielen Tausenden von Mark.

**Meerane.** Der Stadtrat hat die Beteiligung der Stadtgemeinde mit 250.000 Mk. an der zur Behebung der Wohnungsnot angeregten Gründung einer Bau- und Bodengesellschaft m. b. H. in hiesiger Stadt beschlossen.

**Gersdorf.** Der Gemeinderat hat beschlossen, die Kommunalkassierung des Hebammenwesens näherzutreten und die bis 60 Prozent erhöhten Sätze für die Wertzuwachssteuer beschlossen.

**Neustadt i. S.** In das hiesige Amtsgericht wurde eine junge Frau aus Langburtersdorf abgeführt, die verurteilt hatte, ihren Mann durch mit Arsenik vergiftetes Gebäck umzubringen.



Der Jahrmart des Lebens.

Ein Roman ohne Helden von William Makepeace Thackeray.

Die Aktion fand in dem alten Hause in Russell-Quare statt, wo wir zu Anfang dieser Geschichte einige Abende zusammen zugebracht haben. Der gute alte John Sedley war ruiniert. Sein Name war als zahlungsunfähig auf der Forderungsbüchse eingetragen worden, und sein Bankrott und kommissarischer Untergang kurz darauf erfolgt. Herr Dobson's Kellnermeister kam, um einen Teil des famosen alten Portweins zu kaufen und denselben in die Keller gegenüber zu versetzen. Ein Dutzend schön gearbeitete silberne Teller und Gabeln und ein Dutzend Dessert-Platze waren von drei jungen Frauenmännern (den Herren Dale, Spivot und Dale in Thredgables Street), die mit dem alten Manne in Verkehr standen, und in den Tagen, wo er regelmäßig gegen alle seine Geschäfte Freunde gewesen war, Gesellschafter von ihm empfangen hatten, gekauft, und dieser Spitzer aus dem Wad seines Vermögens mit ihren Komplimenten an die gute Frau Sedley abgesandt worden. Was das Pianoforte anlangt, so ist es wahrscheinlich, daß es Amalien gehörte hatte, und diese es jetzt vermessen und eines brauchen mußte, und da Kapitän Tobbin ebenfalls darauf spielen wie auf dem Seile tanzen konnte, so ist es wahrscheinlich, daß er es auch nicht zu seinem eigenen Gebrauch erstanden hatte. Mit einem Worte, es kam an jenem Abend in ein erstaunlich kleines Häuschen in einer von Aulham Road abführenden Straße, eine seiner Straßen, welche die schönsten romantischen Namen führen — (sich vorstellende hier: St. Abetalde Villas, Anna Maria Road, West), wo die Dörfler wie Kinderhütchen anstehen wo diejenigen, welche aus den Fenstern des ersten Stocks schauten, unsehbar, wie man denken sollte, mit den Häfen im Partierzimmer sitzen müssen, wo die kleinen Mädchen davon eine Ernte von Kinderköpfchen, roten Zäckchen, Müßchen usw. trafen, aus welchen man die Töne klingender Spinnetten und singender Frauen hört, wo sich an den eisernen Stufen kleine Portierfräulein fernem, wohin man den Abend milde Kommis aus der City gehen sieht: hier hatte Herr Clapp, Herr Sedley's Buchhalter, sein Domizil, und in diesem Hof verbergte der gute alte Herr, als es zum Ausbruch kam, sein Haupt mit seiner Frau und Tochter.

Nachdem dies geschehen, folgte er in dem Hotel garni zu Cheltenham so ziemlich seiner früheren Lebensweise. Er fuhr seinen Wagen selbst, trank seinen Claret, spielte seine Partie Whist, erachtete seine indischen Gesellschafter und die irische Witwe für seine Art zu fürchten hatten. Nachdem dies geschehen, folgte er in dem Hotel garni zu Cheltenham so ziemlich seiner früheren Lebensweise. Er fuhr seinen Wagen selbst, trank seinen Claret, spielte seine Partie Whist, erachtete seine indischen Gesellschafter und die irische Witwe für seine Art zu fürchten hatten. Nachdem dies geschehen, folgte er in dem Hotel garni zu Cheltenham so ziemlich seiner früheren Lebensweise. Er fuhr seinen Wagen selbst, trank seinen Claret, spielte seine Partie Whist, erachtete seine indischen Gesellschafter und die irische Witwe für seine Art zu fürchten hatten.

Die alte Tante besetzte sich nicht mit dem „Herumkommen“. Ein Monat war verflohen. Mauden wurde von Herrn Rowles an der Air abgewiesen; seine Bedienten erhielten keine Wohnung mehr in dem Hause in Park Lane; seine Briefe wurden uneröffnet zurückgeschickt. Amalien Crawley verließ das Haus nie — sie war unmöglich — und Frau Dale war noch immer da, und wickelte sich um ihrer Zelte. Crawley sowohl wie seine Frau ahnten Böses von der fortwährenden Gegenwart der Frau Dale. „Weißt du, ich sehe jetzt, weshalb sie uns in Queens Crawley immer zusammenbringt“, sagte Mauden. „Weißt du ein rätselhaftes kleines Weib!“ rief Mabel aus. „Nun, ich bereue es nicht, wenn du es nicht tust“, rief der Kapitän, der noch jetzt so verliebt in seine Frau war, wie am ersten Tage, woraus ihn diese mit einem Kusse belohnte, und wies sich über das geschwätzige Vertrauen ihres Gatten nicht wenig erfreut war.

(Fortsetzung folgt.)

Der Himmel im März.

Zum Märzbeginn weilt die Sonne noch 7 1/2 Grad südlich vom Äquator; aber von Tag zu Tag steigt sie zusehends empor, um am 20. März den Schnittpunkt ihrer Bahn mit dem Äquator, den sog. Äquinoktialpunkt, zu erreichen. Aber kein Verweilen gibt es für die Sonne in diesem wichtigsten Zeitpunkt des Jahres; während ihre Mittagshöhe zu Beginn des Monats nur erst 30 Gr. beträgt, wird diese nach 31 Tagen auf 41 1/2 Grad angewachsen sein. Den Übergang aus der dunkeln winterlichen in die lichtere sommerliche Jahreszeit, wie er sich im März vollzieht, kommt besonders auffällig in den Auf- und Untergangzeiten der Sonne zum Ausdruck. Am 1. des Monats konnte der Sonnenball erst um 6 Uhr 58 Minuten morgens über den Strand des Horizonts empor, und nicht viel früher beginnt zurzeit noch die Tageshelle. Dagegen wird am Monatsende die Sonne bereits um 5 Uhr 43 Minuten vormittags, also 70 Minuten früher, aufsteigen, und da dann die Morgenandäckerung schon weit früher einsetzt, so beträgt die Zunahme der Tageshelle zwischen dem Anfang und dem Ende dieses Monats allein am Vormittag schon anderthalb Stunden. Der Sonnenuntergang verzögert sich von 5 Uhr 42 Minuten auf 6 Uhr 30 Minuten nachmittags; dadurch ist es am Monatsende schon bis 7 Uhr abends hell und der Tag dauert bereits 13 Stunden.

Der Mond befindet sich in der ersten Monatswoche mit vollem Schein am Nachthimmel. Auf den 4. März fällt der Vollmond, und am 12. zeigt der Trabant sein letztes Viertel. Der Frühlingsmon-

mond fällt auf den 20. März, also gerade auf den Tag des Frühlingsanfangs, so daß wir die sich allmählich wieder rundende Scheibe in der letzten Monatswoche bereits, wie immer im Frühling, während der Nachmittagsstunden auch bei hellem Sonnenlicht am Nachthimmel erblicken werden.

Am Fixsternhimmel fällt im März das rasche Wandern der Konstellationen nach Westen auf. Das ist natürlich nur eine scheinbare Beschleunigung, die durch das Anwachsen der Tageslänge hervorgerufen wird. Die prächtigen Wintersternbilder eilen dementsprechend abwärts, bis zum Westhorizont empor; vom Tierkreis erblickt man nach dem völligen Einbruch der Dunkelheit zunächst im Nordwesten noch den Stier mit den Gruppen der Plejaden und Spaden; daran anschließend die Zwillinge und jenseits des unscheinbaren Krebses vor allem das große Trapez des Löwen mit dem weiß funkeln den Regulus. Im Osten ist schon die Jungfrau mit der hellen Spika sichtbar; in späterer Nachtstunden erscheint auch die Waage und gegen Morgen der Skorpion. Das schönste Bild des Winterhimmels, der Orion, steht abends schon am Westhimmel; ziemlich glänzend ist noch die Stellung des südlich von befindlichen Großen Hundes mit Sirius, dem hellsten Fixstern des ganzen Firmaments. Der Kleine Hund mit Prokyon schiebt wieder zurück nach der Abend der Äquillage, und der in deren Nähe wohnende Fuhrmann mit Kapella leitet über zu den Zirkumpolarsternen, aus deren Kranz der Große Bär jetzt abends im Nordosten emporsteigt. An ihn schließt sich der Vostok an, der mit seinem hellgelben, im Nördlichen schimmernden Hauptstern Arkturus und der sich anschließenden nördlichen Krone während der kommenden Frühlings- und Sommermonate das auffälligste Sternbild am Himmel bilden wird.

Von den Planeten ist Merkur zu Beginn des Monats in sehr glänzender Stellung am Abendhimmel und kann drei Viertelstunden lang gesehen werden. Seine Stellung befindet sich an der Monatswende in fast unmittelbarer Nähe des Frühlingspunktes, also an dem Punkt des Himmels, den die Sonne drei Wochen später erreicht. An klaren Abenden wird der kleine, weißfunkeln Planet unmittelbar über dem Westhorizont gerade in diesen Tagen glänzend aufsteigen sein. Venus kann in den ersten Monatsjahren noch eine kurze Zeit am Morgenhimmel gesehen werden, verschluckt dann aber völlig in den Sonnenstrahlen. Mars durchzieht das Sternbild der Waage und tritt in den späteren Nachtstunden als zusehends heller werdender, auffallend rötlicher Stern bereits deutlich am Südosthimmel hervor. Sein scheinbarer Durchmesser wächst weiter an; der interessante Nachbarnplanet unserer Erde geht jetzt seiner nächsten Opposition entgegen und wird infolgedessen während der kommenden Monate noch heller. Die Dauer seiner Sichtbarkeit wächst bis Ende März auf etwa neun Stunden an. Jupiter, der vor vier Wochen in Opposition zur Sonne stand, geht nun schon vor dem Ende der Nacht unter. Dafür steht er abends bei Einbruch der Dunkelheit schon hoch am Himmel. Er befindet sich in den Zwillingen, und sein helles Licht übertrifft zurzeit das aller anderen Gestirne am Firmament, auch bei weitem die Helligkeit des Sirius, des hellsten der Fixsterne. Sein Durchmesser dehnt nun langsam wieder abzunehmen; bemerkenswert ist, daß der Äquatorialdurchmesser Jupiters, der zur Zeit seiner Opposition 45 Sek. betrug, um 3 Sek. größer als sein Polardurchmesser ist. Es ist das eine Folge der starken Abplattung dieses riesigen Planeten, die übrigens bereits gegen Ende des 17. Jahrhunderts wahrgenommen worden ist. Diese starke Abplattung ist eine Folge des noch nicht feststen Zustandes der Jupiteroberfläche und seiner ungleichmäßigen Rotation, die es mit sich bringt, daß sich im Fernrohr schon nach ein paar Stunden eine Verschlebung der Streifen und Flecken auf seiner Oberfläche von der Mitte nach dem Rand hin erkennen läßt. Saturn stand am 28. Februar in Opposition zur Sonne und ist infolgedessen auch im März noch die ganze Nacht hindurch sichtbar. Der ringbekränzte Planet bewegt sich rückwärts durch den Löwen und unterscheidet sich von dessen Hauptstern Regulus, der in sehr weitem Lichte trahlt, durch die gelbliche Färbung. Ueberhaupt lassen sich gegenwärtig an den zu gleicher Zeit am Nachthimmel stehenden Planeten Mars, Jupiter und Saturn interessante Vergleiche der verschiedenen Färbung anstellen. Uranus steht zurzeit noch in den Sonnenstrahlen und wird erst im kommenden Monat frühmorgens am Südosthimmel wieder sichtbar werden, natürlich nur mit Hilfe eines Fernrohrs. Neptun, zu dessen Beobachtung ein starkes Fernrohr unerlässlich ist, da der Planet zur achten Größenklasse gehört, zieht nicht weit vom Jupiter entfernt und kann infolgedessen wie dieser fast die ganze Nacht hindurch in glänzender Stellung verfolgt werden. Dem ungeachtet ist der Planet noch so gut wie nicht, erreicht sein scheinbarer Durchmesser doch noch nicht einmal 3 Sek. Denn dieser äußerste der Planeten unseres Sonnensystems ist durchschnittlich 4500 Millionen Kilometer von uns entfernt.

Kleine Chronik.

Schauspielhaus. (Das Recht auf Liebe.) Die Verfasser Sturm und Bachwitz haben ihr Drama eine Plauderei genannt, offenbar, weil sie nicht wagen, es Lustspiel zu nennen, und weil sie die Bezeichnung Schwanke vermeiden wollten. Woraus im Vorhinein zu schließen ist, daß das Stück zu jenen Zwittern gehört, die weder die Anforderungen der einen noch der anderen Gattung befriedigend zu erfüllen vermögen. Das Gerüchte ist das alte Rezept von der Heilung des Statterhafens bezw. des kalten Ehemannes durch die Eifersucht. Drum herum haben die Herren einen Salat von Plauderei, Moral und Nüchternheit gemacht, so daß der Geschmack des zahlungsfähigen Publikums nach jeder Richtung befriedigt wird. Da außerdem noch Aufklärungsunterricht über die Verantwortlichkeit der doppelten Ehemoral, des Duells und anderer Bittigkeiten gegeben wird, die im Vürgerium noch einige Geltung haben, so darf der ehrbare Rezensent die verständnisvollen Wünsche über das Thema „So sind die Männer eben“ mit umso größerer Begehrtheit und beruhigtem Gewissen annehmen. Am Schlusse steht ja die Tugend, die Verjüngung stellt sich ein, die Tränen fließen, und man ist ein edler Mensch, dem der „verfluchte Kerk“ von einer braven Gattin schon verziehen werden kann. Daß der Schluß besonders kläglich ausgefallen ist — ein vorzügliches Zwillingsspaar präsentiert der Herr Professor seiner Frau zum Geburtstagsgeschenk — verdient vermerkt zu werden.

Wie immer, erfreute anständiges Zusammensein und feinsinnige Intelligenz. Von den Darstellern gab Emilie Winterberg als Adelin Annuschka eine hervorragende tonische Leistung. Die übrigen gaben dem Ding sein Recht. Zu bedauern ist, daß Gertrude Langfelder ihre Kraft an derartiges verschwendet. H. B.

Neues Theater. (Die Zauberflöte.) Bei aller Absurdität wird der Text dieser Oper doch durch ein gewisses ethisches Niveau ausgezeichnet, das Respekt verdient. Das höhere ethische Niveau der Ideologie ist überhaupt das, wodurch sich eine neu emporsteigende Klasse immer gegen die bisher herrschenden Klassen vortrefflich abhebt und abheben muß. Die Unterdrückung und der Kampf gegen sie erweist das, was die Männer mit einem und demselben Worte als Tugend und Nützlichkeits bezeichneten. Insbesondere gewinnt bei einer solchen Klasse die Menschlichkeit, die Humanität, die weltbürgerliche Menschlichkeit an Geltung, schon weil die eigene Rechtschaffenheit das Solidaritätsgesetz mit den realistischen Klassen anderer Nationen und noch mehr mit den bereits bestreuten Klassen anderer Nationen hervorruft. Es war schon etwas für Mozarts Zeiten, wenn der ihm

gesagt wurde: Er ist mehr (als ein Prinz) — er ist ein Mensch. Die Erhabenheit der humanen Tendenz gibt denn auch der Musik dieses Werkes ihre Gipfel und verleiht zugleich die Eindeutigkeit der Mythe und Grotto, die sonst darin überwiegen würden. Denn freilich wird auch von Mozart am Ende seines Wirkens jener Uebergang aus dem Reiche des Seins in das des Scheins, jener Abstieg in das Jenseitige unternommen, der für alle ideologischen Fortkämpfer des deutschen Vürgeriums um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert charakteristisch ist, als ein Symbol und eine Vorahnung des politischen Scheiterns der bürgerlichen Emanzipation. Dem Wege vom Götze zum zweiten Faust, von den Mäubern zum Tell, von der Croica zur Nannin, vom Fabelo zur Missa Solemnis entspricht auch der vom Figaro und Don Juan zur Zauberflöte und dem Requiem. — Damit das Defizit ja nicht geringer wird, treten wieder teure Gäste auf, und freilich ist Otto Hefers aus Stuttgart mit seinem weißen Rah und der ausdrucksvollen Würde des Spiels und der Sprache ein ebenso idealer Sarastro wie Tella Reinhardt aus München mit ihrer klaren, prächtig ausgeprägten Stimme und dem belebten Spiel eine vorbildliche Pamina. Wertvollen Beitrag leisten neben Rasel Sprecher und Lehmanns Tamino auch die drei Damen: Strenz, Engert, Nidel-Schlager. Die Adalin liegt aber Frau Hansen-Schultheß denn doch zu hoch. Die Inszenierung brachte viel Klischee, hauptsächlich dank ungehörigen Beleuchtungseffekten. Man hätte doch gewisse Vorgänge lieber in ein wohlthätiges Halb Dunkel ein und verzichte auf eine Realistik des Wunderbaren, die bei den gewöhnlichen Mitteln nur parodistisch wirken kann. R. F.

Altes Theater. Meine Frau die Gossauspielerin wurde am Sonntag mit drei Neubesetzungen gespielt. Karl Wittenhagen gab einen ansprechenden Dr. Meiderberg, Herbert Silber einen weniger ansprechenden cand. phil. Wolters. Silber liegen die burlesken Figuren nicht besonders, wie sein Volz im Anstellungsamtspiel zeigte, wogegen A. W. sein Kramm eine recht treffliche Leistung ist. Elie Lesebore wirkte als Elie Meiderberg auch nicht allzu hart, was aber schließlich an der Rolle und nicht an ihr liegen mag. — R.

Schauspielhaus. Hildegard Dopy bot in ihren Tüngen ein abwechslungsreiches Programm. Leider. Diese Anpassung an einen großen Teil des Publikums, der nur durch immer neue, anders geartete Reize während der ganzen Dauer einer Tanzvorführung Interessiert gehalten werden kann, scheint mir für eine nicht übermäßig begabte, junge Künstlerin verfehlt. Selbst bestehenden Vertreterinnen der Tanzkunst gelingt es selten, für Stimmungen grandioser Natur stets tiefgeschichtete Formen des Ausdrucks zu finden. Es gilt für den Tanz ebenso wie für die andere Kunstgattung, daß eine Höherentwicklung nur durch Differenzierung ermöglicht werden kann. Wenn Hildegard Dopy ihre künstlerischen Eigenart aufspüren und mit der ganzen Intensität ihres künstlerischen Willens entfalten würde, so wären ihr zweifellos größere Wirkungen möglich. Ihre Eigenart nach ihrem Auftreten anzugeben, ist kaum möglich. Nach ihrem völligen Versagen in Orlog's Nocturno glaubte man, ihr die Fähigkeit, treffliche Stimmungen darzustellen, überhaupt abzusprechen zu müssen; aber nach der überzeugenden Gestaltung der Schmezergerätschheit in den ersten Akten des Chopin'schen Trauermarsches war man gezwungen, dies Urteil als zu voreilig und zu allgemein zu unterdrücken. Die Erfolge in einigen heiteren Darstellungen waren sicherlich auf die Anlehnung an große Vorbilder zurückzuführen, womit nicht gesagt werden soll, daß die Künstlerin slavisch Nachahmung gelübt hätte, ohne eigene Auffassung kundzugeben; einige stumpf-proteste Stellen in der Auslegung des zierlichen und feinsinnigen Scherzos von Orlog (auch die Anordnung des Kostüms) waren sicherlich von der Tänzerin selbst erdacht. Boris Semmelrath-Wittig zeigte sich wieder als geistvolle, technisch äußerst gewandte Begleiterin. A. M.

Schauspielhaus. Die nächsten Erstaufführungen bringen die heiteren Komödien Abrechnung von Wied, Partrhaus, Komödie von Heinrich Pantenjad und Wollet's Amphitryon. Sonntag, 14. März, ist eine Gedächtnisfeier für Richard Dehmel. Die Requisitionen hat Gustav Hermann übernommen. — Infolge der großen Teuerung steht sich auch das Schauspielhaus gezwungen, neue Eintrittspreise einzuführen, die auf dem Theaterzettel bekannt gemacht werden. Die Vorstellungen beginnen ab Montag um 7 1/2 Uhr, Sonntags nachmittags 7 1/2 Uhr.

Die Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe veranstaltet wiederum eine Ausstellung Werkkunst in ihrer Aula vom 20. Februar bis 14. März. Diese eröffnet sich wieder über alle Gebiete der Geschäftstypographie und Gebrauchsgraphik, ebenso auf private und amtliche Druckereien, sie zieht auch das einschlägige Buch- und Schriftwesen mit in ihren Bereich. Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 11 Uhr und wochentäglich außerdem von 3—5 Uhr in der Aula der Akademie, Wächterstraße 11, geöffnet.

Die Zeitschrift für Kunst, 1834 von Robert Schumann begründet, erscheint seit dem 1. März im Steingraber-Verlag, Leipzig, zweimal monatlich in einem neuen Gewande.

Eingelaufene Schriften.

- Meyerheim, K., Buchführung, Kalkulation und Steuerberechnung für Kaufleute, Fabrikanten und andre Gewerbetreibende. Handpraktischer Verlag, Berlin W. 43. Preis 5 Mk. Die Praxis der Schwindelfirmen und ihre Bekämpfung. 2. Bericht der Centrale zur Bekämpfung der Schwindelfirmen, Lübeck.
- Reinhard Streckert, Deutschlands Zusammenbruch und Wiederaufbau. 6. von Perthes' Schriften zum Weltkrieg. Verlag Deutschlands. Preis 25 Pf.
- von H. R. Perthes, Göttingen. Preis 1.60 Mk.
- E. Struthahn, Die Diktatur der Arbeiterklasse und der kommunistischen Partei. Herausgegeben von der kommunistischen Partei Deutschlands. Preis 25 Pf.
- P. Levy, Die politische Lage und die A. P. D. Rede auf dem Oktoberparteiabend der A. P. D. nebst dem vom Parteiabend angenommenen Beschlusse. Preis 30 Pf.
- H. Struthahn, Die Entwicklung der deutschen Revolution und die Aufgaben der kommunistischen Partei. Verlag Spartakus, Stuttgart-Dezerloch.
- Vertriebsratgesetz nebst Wahlordnung. Mit einer Einleitung von Regierungsrat H. Derf. Verlag von J. Bensheimer, Mannheim.
- Dejna Strag, Drei Monate als Geisel für Radel. Persönliche Erlebnisse in der Ukraine und Sowjetrußland. Verlag der Kulturliga, Berlin W. 35. Preis 2 Mk.
- Dr. W. Schiblof, Die Stellung der Frau in der Kommunistengemeinde. Tatsachen und Beispiele. Verlag der Kulturliga, Berlin. Preis 80 Pf.
- Dr. Hans Fousia, Das deutsche Siedlungsnetz. Zentralverlag, Berlin W. 6. Preis 50 Pf.
- Welterge zur Naturgeschichte des Krieges. Heft 1: Risse. Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin W. 15. Preis 2.40 Mk.
- Michael Smig-Benaris, Ein Jahr im Dienste der russischen Sowjet-Republik. Verlag Der Firm, Berlin W. 57. Preis 4 Mk.
- H. Germeier, Deutschlands weltwirtschaftliche Lage nach dem Friedensschluß. Th. Ullner Verlag, Berlin W. 50. Preis 4.50 Mk.